

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 49

Juni/Juli 2010

K

KAPITALISMUS

R

RETTUNGSPAKET

I

INTERNATIONAL

S

SOLIDARITÄT

E

EMANZIPATION

?

WIE WEITER!



Klimaschutz: Was geht in Stadt und Landkreis?

Ökologisch – der „fiktive Wald“

Optionskommune? Das heißt Sozialhilfe 2.0

ver.di fordert politischen Streik

Volkszählungsboykott 1983/1987

INHALT

Kommunaler Klimaschutz	
Landkreis – pfui, Stadt Celle – hui!?	3
Gegen die Emslandisierung der Region	
„Ach, Cridle, unser Geschäft ist blutig!“	5
Laternengespräche	
„Sind wir nicht alle Griechen“	8
Initiative „Pro Altstadt“	
Gedo – Angriff auf die City?	10
ver.di-Redner fordert auf Maikundgebung	
Celle 100 % ökologisch und sozial	11
Arbeitslosenverwaltung ab 2011	
Wiswe will Optionskommune	12
Volkszählung 2011 & Zahhtag in Celle	14
FRAGEZEICHEN - # 2	1-4
„Freedom of the City“ oder:	
„Anglian Soldiers go to hell“	15
Politischer Streik in Deutschland	
Zu Geschichte und Gegenwart	16
Celler Trialog 2010	
Stelldichein in Kiel im September	18
Spendenprojekte des Weltladens (2)	
Zukunft für Ichhapur in Indien	19
65. Jahrestag der Befreiung	
Die Sowjetunion trug die Hauptlast	20
Zur Geschichte der Neuen sozialen Bewegungen	
Der Volkszählungsboykott 1983 / 1987	22
Termine KINO 8 1/2	26
Termine in Kultur & Politik	27

Nächster Redaktionsschluss: 16. August 2010

H
A
L
L
O



Wenn heute die negative Vergesellschaftung durch den Wert im Weltmaßstab an historische Grenzen stößt, steht ein neues Paradigma gesellschaftlicher Planung jenseits von Markt und Staat, jenseits von Wert und Geld auf der Tagesordnung.

Robert Kurz

Die Krise des Kapitalismus ist fundamental. Die Konsequenz zeichnet sich ab: Die „Lasten“ sollen die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen überall in Europa tragen. Und was Brecht 1935 zur Krise zu sagen hatte, wird wieder aktueller: *„Die Roheit kommt nicht von der Roheit, sondern von den Geschäften, die ohne sie nicht mehr gemacht werden können.“*

Seine Konsequenz: *„Sprechen wir von den Eigentumsverhältnissen.“* Wir machen das auch diesmal wieder nur hier und da, aber wir würden schon empfehlen, diese Frage bei dem einen oder anderen Artikel im Hinterkopf zu haben. Denn selbstverständlich bewegen wir uns mit Fragen nach einer Klimaschutzpolitik, den Maststallplänen oder der Arbeitslosenverwaltung auf dem Boden einer Ordnung, die keine tiefgreifenden Lösungen anzubieten hat.

Mit dem nächsten Heft steht ja ein Jubiläum an – es ist die 50. Ausgabe; damit wollen wir uns aber etwas Zeit lassen, d.h.: Wir legen mal wieder einen Drei-Monats-Abstand ein und das nächste Heft erscheint im September.

Von unseren Leser_innen erwarten wir: 1.) Glückwünsche, 2.) Geldgeschenke, 3.) oder vielleicht verschenkt Ihr mal ein Abo an Mitmenschen, von denen Ihr meint ...

Eure „old-school“-Redaktion

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://mitglied.lycos.de/Revista/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Landkreis - pfui! Stadt Celle - hui!?

„Die Menschheit befindet sich vor einer großen Entscheidungsfrage: den Weg des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortzusetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einzuschlagen.“

Dieser Satz aus dem Abschlussdokument des alternativen Umweltgipfels von Cochabamba klingt pathetisch – aber ist es nicht so? In der Zeitschrift *Nature* läuft eine Debatte über die Überschreitung von „*planetary boundaries*“, der „*Grenzen des Planeten*“, und konstatiert wurde: Beim Klimawandel, beim Verlust der Biodiversität und beim Nitrat- und Phosphoreintrag in der Landwirtschaft sind die kritischen Schwellenwerte überschritten. Ein „Neustart“ ist insoweit mittlerweile ausgeschlossen.

Das macht eine radikale Klimapolitik nicht überflüssig, sondern umso dringlicher. Die Bedeutung der lokalen Ebene hob die im Juni 2008 von den kommunalen Spitzenverbänden verabschiedete Erklärung „*Global denken, lokal handeln*“ hervor: „*Der Klimaschutz ist eine unserer größten Herausforderungen für die Zukunft. Den Kommunen kommt dabei eine herausragende Rolle zu.*“

In Kreistag und Stadtrat hatte DIE LINKE/BSG im Mai 2009 die Verwaltungen aufgefordert, Klimaschutzkonzepte zu entwickeln. Die Kreisverwaltung brauchte ein knappes Jahr, um jetzt mitzuteilen: „*Eine Zuständigkeit des Landkreises Celle für den Klimaschutz im gesamten Kreisgebiet besteht kommunalverfassungsrechtlich nicht.*“ Da das die CDU/FDP-Mehrheit genauso sah, ist das Thema für den Kreistag eben keins. Ein Satz wie der von Umweltminister Sander bleibt so das, was er ist – Teil einer Sonntagsrede: „*Für die Niedersächsische Landesregierung sind die Kommunen die wichtigsten Akteure im Klimaschutz, denn Klimaschutz beginnt auf der lokalen Ebene.*“

Selbstverständlich macht die Kreisverwaltung das Übliche, also z.B. bei Gebäudesanierungen energetische Faktoren zu berücksichtigen. Aber man setzt sich kein Ziel; weshalb man eben auch keine Strategie, kein Konzept braucht, um Zielvorgaben zu erreichen.

Wolf Wallat (Die LINKE) kritisierte das Desinteresse der Verwaltungsspitze: „*Es hat mit einem angemessenen Herangehen an Zukunftsfragen nichts zu tun.*“ Er verwies darauf, dass der Bund für die Erstellung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes 60 % der Kosten erstattet. „*Vor diesem Hintergrund ist die Verweigerungshaltung einfach nur noch ignorant zu nennen*“, so Wallat.

Die Stadtverwaltung brauchte noch länger als die Kreisverwaltung. Der Klimaschutz steht am 1. Juni auf der Tagesordnung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen und Umwelt. Nach der uns kurz vor Redak-

tionsschluss vorliegenden Beschlussvorlage will die Verwaltung tatsächlich in den nächsten 12 Monaten etwas auf die Beine stellen, dass Klimaschutzkonzept genannt werden kann. Noch in der Ratssitzung im Juni soll beschlossen werden:

„1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein *Integriertes Klimaschutzkonzept* für die Stadt Celle wie vorgestellt zu erarbeiten und den Ratsgremien bis zum Sommer 2011 zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. 2. Parallel zu diesem Prozess wird, wie oben angeführt, die Umsetzung weiterer Maßnahmen und Meilensteine angestrebt; insbesondere wird ein Teilkonzept *Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energiequellen in städtischen Gebäude- und Technikbereich* erarbeitet und dabei die Geothermienutzung zu einem Schwerpunktthema erklärt. Für dieses Teilkonzept wird vorbehaltlich eines 60 % Finanzierungsanteils aus dem Klimaschutzprogramm des Bundes eine qualifizierte Ingenieurkraft eingestellt. Alternativ prüft die Verwaltung die Beauftragung eines Fachbüros. 3. Um die Ratsgremien in den Prozess aktiv einzubeziehen und einen ständigen Informationsfluss zu gewährleisten wird ein Beirat mit Vertretern der im Rat vertretenen Fraktionen eingerichtet.“

Das ist, auch wenn die Verwaltung dies nicht beim Namen nennt, eine punktgenaue Umsetzung des Ratsantrages der Fraktion Die Linke/BSG.

Der Beschlussvorlage beigelegt ist eine Aufstellung kommunaler Handlungsfelder, wobei keiner der wesentlichen Aspekte fehlt. Aber ans Eingemachte geht es so wieso erst, wenn im weiteren Verlauf etwa über die Konkurrenz von ÖPNV und PKW-Verkehr zu reden ist. Ein bisschen zu kurz kommt auch die Einbindung und Aktivierung der Gesellschaft z.B. über Bürgersolarprojekte. Aber da kann der von der Verwaltung skizzierte Ablauf des Projekts hoffen lassen:

Juli – August 2010: Istanalyse und Energie- und CO₂ – Bilanz (Istanalyse der bisherigen Aktivitäten durch die Verwaltung, Energie- und CO₂ – Bilanz unter Beteiligung eines externen Fachbüros). Damit sollen Schwächen aufgedeckt und lokale Potentiale in Celle ermittelt werden. Die Bilanz soll zukünftig eine Evaluation und Qualitätssicherung von Maßnahmen ermöglichen.

August/September 2010: Potentialbetrachtung (zeigt Einsparpotentiale, schätzt wirtschaftliche Potentiale für erneuerbare Energien ab, liefert konkrete Anhaltspunkte für die Planung).

Oktober/November 2010: Öffentliche Auftaktveranstaltung/Markt der Ideen (Workshops zur Erarbeitung der Leitbilder und Ausrichtung der Themenfelder in Celle; Expertenrunden, Konsultationsprozess)

Dezember 2010: Beratung der Ergebnisse in den Ratsgremien / Verabschiedung der Leitbilder zum Klimaschutz in Celle.

Januar/Februar 2011: Erneuter Konsultationsprozess, Expertenrunden, fachinterner Abstimmungsprozess.

März bis Mai 2011: Erarbeitung des Konzeptentwurfs unter laufender Beteiligung von Experten, Institutionen und Akteuren.

Juni 2011: Vorstellung des Konzeptentwurfs/Beschluss des Stadtrates (Klausurtagung).

Dieser Ablaufplan macht deutlich, dass eine Tür geöffnet werden soll für die Beteiligung und das Engagement von Bürger_innen. Wie ernst gemeint das ist, muss sich zeigen. In der Vergangenheit waren städtische Leitbilddiskussionen ja eher Alibiveranstaltungen. Aber: Wenn Celle „Energiewendestadt“ werden will, geht das nicht ohne Engagement aus Teilen der Stadtgesellschaft.

Das wird nicht einfach. Bis auf wenige kleine Gruppen wie die Greenpeace-Jugend oder das Forum gegen Atomenergie gab es im neuen Jahrhundert keine (Bürger-)Initiativen, die das Thema „Klimaschutz“ angepackt hätten. Das ist kein Celler Sonderfall: Es gibt kaum ein Problem von solcher Wirkmacht, das so wenig Proteste und Aktivitäten hervorruft. Die allermeisten gesellschaftlichen Anstrengungen, so der Sozialpsychologe Harald Welzer, richteten sich darauf, „die Symptome verschwinden zu lassen und das Funktionieren zu simulieren.“

Statt einer gesellschaftlichen Diskussion ist individuelles Handeln vorherrschend: Denn selbstverständlich werden Solarkollektoren und Photovoltaik-Anlagen nicht ausschließlich aus ökonomischen Gründen installiert, sondern ebenso aus ökologischen. Selbstverständlich werden Wärmeschutzstandards bei Haussanierungen nicht allein um des pekuniären Einspareffekts durchgeführt, und selbstverständlich gibt es Konsument_innen, die aus Klimaschutzgründen vorwiegend regional einkaufen. Doch sie verbinden sich nicht zu einer Bewegung, die gesellschaftliche Hegemonie anstrebt.

So ist selbst unter Interessierten das in England entstandene „Transition Town Movement“ kaum bekannt; dort sind in den letzten Jahren in mittlerweile 30 Kommunen Graswurzel-Initiativen entstanden, die in Sachen Klimaschutz nicht mehr länger auf Politik und Verwaltung warten wollen und sich der Frage stellen: „Wie kann man eine Kommune so organisieren, dass sie so effizient, energiesparend und ausfallsicher funktioniert wie ein natürliches Ökosystem und ihre Bewohner trotzdem ein zufriedenes Leben führen können, ohne Mangel zu leiden?“

Das wäre Voraussetzung und der Anfang für einen gesellschaftlichen „Wertewandel“. Und dann würde eine Kommunalpolitikerin wie Amei Wiegel der CZ vielleicht nicht mehr so ungeniert von der Unbill berichten, die ihr der Eyjafjallajökull bereitete. Ihr Rückflug von einem neuntägigen Entspannungsurlaub am Golf von Neapel scheiterte an der Vulkanasche. Zurück ging's mit der Bahn – „strapaziös“ für die SPD-Politikerin, aber weit weniger für das Klima. – Und ist es nicht wirklich an der Zeit, darüber nachzudenken, ob der Wunsch nach kurzzeitiger Entspannung wirklich nur zu haben ist, indem Klima und Umwelt derart gestresst werden?



OOPS – HE DID IT AGAIN

Einer findet ja jeden Gedanken in Richtung Ressourcenschonung und Energieeinsparung „hysterisch“: Klaus Tänzler. Leider kann er regelmäßig seine Artikel zum Schutze der Automobil- und Energiekonzerne in hoher Auflage unter die Leute bringen, nämlich als „Leitartikler“ im Celler Kurier. Dass wir ihn dabei einige Male dreister Plagiate überführen konnten, hat daran nichts geändert. Immerhin wies ein Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Verlag zuletzt darauf hin, dass Tänzler gleich absatzweise bei ihm abgeschrieben habe. Der Verlag entschuldigte sich mit einer Flasche Wein. – Doch Tänzler scheint unbelehrbar: Am 16. Mai verwendete er erneut eine bei Stefan Dietrich aus der FAZ abgeschriebene Passage, und er plünderte mal wieder das Internet; über einen ganzen Absatz schreibt er nahezu wortwörtlich aus einem FAZ-Artikel aus dem Jahr 2000 ab. – Das Thema, zu dem er scheinbar keine eigenen Gedanken hat, sind die regenerativen Energien, insbesondere die Windenergie: Dass den großen Rahmen der aus Tänzlers Sicht „Elektroauto-Wahn“ bildete, macht die Sache nicht besser. Zwar gibt es durchaus ein paar gute Gründe gegen das Elektroauto, aber genau die interessierten Tänzler selbstverständlich nicht: sondern nur die Kosten und die geringe Reichweite. Letzteres ist bei anderer Sicht vor allem ein Argument dafür: Denn mit der Reichweite von 150 km lässt sich jeder nahegelegene Bahnhof problemlos erreichen und auch für einen Flächenkreis wie Celle reicht das nun allemal.

„Ach, Cridle, unser Geschäft ist blutig!“*

* aus Brecht, Die heilige Johanna der Schlachthöfe

Etwas vorschnell verkündete Mitte April die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): Das Schlachthofprojekt des Geflügelkonzerns Rothkötter in Wietze gerät ins Wanken. Als Gründe wurden genannt: die zunehmende Skepsis landwirtschaftlicher Interessenten, eine deutlich absehbare Überproduktion und massiver Widerstand von mehr als 20 regionalen Bürgerinitiativen. Nicht ohne Grund – hieß es weiter in der Pressemitteilung – suche der Futtermittel- und Schlachtkonzern nunmehr auch Vertragsmäster außerhalb des zunächst angepeilten 100-Kilometer-Umkreises von Wietze. „Die Welle von agrarindustriellen Hähnchenmastanlagen droht weiter“, so AbL-Sprecher Eckehard Niemann, „aber der Widerstand des neu gegründeten Netzwerks Bauernhöfe statt Agrarfabriken zeigt [...] bereits eine deutliche und ermutigende Wirkung.“ - Franz-Josef Rothkötter dementierte gegenüber der CZ schnell die von der AbL kolportierte zeitliche Verschiebung. Er halte an den Plänen fest und sehe keinen Grund für eine Verzögerung des Projekts.



Verfahren laufen wie am Schnürchen ...

In den kommunalen Gremien und auch auf Landesebene läuft es ja auch. Ende April hat die Mehrheit des Gemeinderates Wietze aus CDU/FDP und SPD die verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen vorangetrieben. Die von Bürger_innen und Behörden vorgetragenen Einwendungen und Stellungnahmen zur Veränderung des Flächennutzungsplanes und der Bebauungspläne wurden beraten und der erforderliche „Beschluss über die Durchführung des förmlichen Verfahrens“ gefasst.

In einer Pressemitteilung teilten die „Nein-Sager“ Claus Friedrich Schrader (Bündnisgrüne) und Sabri Kizilhan (Die Linke) mit: „Die öffentliche Diskussion im Infrastrukturausschuss machte allen [...] exemplarisch deutlich, wie gering, fast aussichtslos, die Möglichkeiten

von engagierten Bürgern einer Gemeinde sind, allein mit der Teilnahme an einem formalen Beteiligungsverfahren gegen die Ansiedlung eines als unerwünscht geltenden Industrieprojektes zum Erfolg zu kommen. [...] Geblieben ist für die Zuhörer und Einwender der bleibende Eindruck der Ohnmacht gegenüber vorherrschenden, unverrückbar erscheinenden Positionen in einer politischen Machtposition.“ Als Beispiele führen sie u.a. an: „Die baurechtlichen Planungen werden derzeit in einem „normalen“ baurechtlichen Verfahren abgewickelt. Zahlreiche Einwender haben angesichts der offensichtlichen „Raumbedeutsamkeit“ der geplanten Schlachthanlage und dem damit unmittelbar im Zusammenhang stehenden Bau von Hunderten von Maststallanlagen in ihren Stellungnahmen die Forderung nach der förmlichen Durchführung eines Raumordnungsverfahrens (ROV) erhoben. Das Ziel der Forderung ist die dringende Notwendigkeit zur Prüfung aller möglichen Wechselwirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt, die von der Kombination Großschlachtereier/Mastställe ausgehen.“

... und die Mastställe bleiben außen vor

Der wenig später stattfindende Erörterungstermin nach dem Bundesimmissionschutzgesetz gab wenig Anlass zur Hoffnung darauf, dass das Projekt auf dem Wege der so genannten Bürgerbeteiligung gestoppt werden kann. Zwar hatten über 250 Antragsteller_innen Einwände erhoben. Aber das zuständige Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg sah nur die Notwendigkeit, in Detailfragen „nachzubessern“. Vor allem aber: Die Diskussion um Mastanlagen habe im Genehmigungsverfahren für den Schlachthof nichts zu suchen. - Im Rahmen der Bauleitplanung kommen demnächst die Einwände der Bürger_innen erneut auf den „Prüfstand“, auch wird es noch ein Verfahren zum Wasserrecht geben, für das der Landkreis Celle zuständig ist.

Scheitern kann das Projekt nur auf der ökonomischen Ebene. Und da spielt in der Tat die Zahl der Mastställe die entscheidende Rolle. Hier hatte die Landesregierung zwischenzeitlich mit einer grotesken Verordnung versucht, Hürden aus dem Weg zu räumen. Sie erfand „fiktive Wälder“.

Von „fiktiven Wäldern“ und offenem Lobbyismus

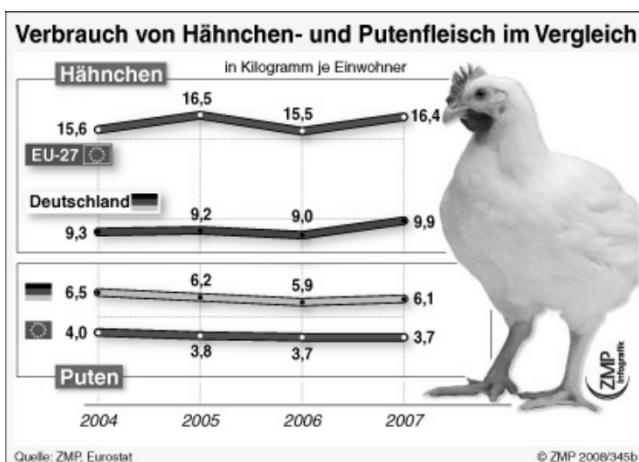
Bei der Genehmigung von Geflügel-Mastbetrieben ist gesetzlich ein Mindestabstand von 150 Metern zu Wäldern erforderlich. Damit soll die Umwelt vor dem immensen Aufkommen an Stickstoff und Ammoniak geschützt werden. Nun könnte man den störenden Wald ja einfach abholzen, wenn er einem gehört. Das wäre aber schade, fand das Landwirtschaftsministerium. Also



schuf man eine Verordnung. Die sah – vereinfacht gesprochen – folgendes vor: Der potenzielle Investor beantragt die Abholzung und wenn daraufhin der Bauantrag für die Stallung genehmigt wird, kann er den Wald einfach stehen lassen. Durch die Verordnung wäre der reale Wald zu einem „fiktiven Wald“ geworden, der nicht mehr stört. Voll und ganz im Öko-Trend sollte dann der „fiktive Wald“ in großen Teilen als Ausgleichsfläche für den fiktiv abgeholzten Wald gelten.

Die Bündnisgrünen im Niedersächsischen Landtag fanden allerdings, es könne keine fiktiven Wälder geben – entweder es gebe sie oder eben nicht. Ein vom Landtagsabgeordneten Christian Meyer beantragtes juristisches Gutachten bestätigte dies. Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtags (GBD) befand die Erteilung einer sogenannten fingierten Waldumwandlungsgenehmigung schlicht als illegal. Und die Verordnung verstöße gegen einfachste Denkgesetze, so der GBD: „Wenn die Umwandlung des Waldes genehmigt wird und dieser stehen bleibt, ändert sich an der ökologischen Belastungssituation für den Wald nämlich nichts.“

Die Verordnung wurde zurückgenommen. Der Celler Landtagsabgeordnete Karl-Heinrich Langspecht (CDU) räumte gegenüber der CZ ein, dass der Erlass rechtswidrig war, fand jedoch: „Der pragmatische Ansatz war aber richtig.“



Agrarminister Hans-Heinrich Ehlen überließ die Verkündung der Rücknahme dann schon „Umweltminister“ Sander. Denn er musste seine Koffer packen. Sein Job wurde neu besetzt. Von einer Lobbyistin für Massentierhaltung, die sich den Hähnchen-Highway an der A7 zu einer Herzensangelegenheit machen wird: Die neue Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen leitete in ihrem Heimatort Großenkneten lange die zweitgrößte Mastputen-Brüterei Deutschlands und war dort zuletzt als „Beraterin“ tätig. Die Tierrechtsorganisation PETA sieht in ihrer Ernennung eine Kampfansage des Landes an die Tierrechts-, Umweltschutz- und Demokratie-Bewegung. „Wer aus der Puten-Industrie kommt, akzeptiert die dortigen grausamen Verhältnisse, die systemimmanenten Qualzuchten, die hohen Mortalitätsraten, Transportverluste und die Tatsache, dass bis zu 97 Prozent der Tiere der gängigsten Mastputenrassen am Ende der Mastperiode nicht mehr richtig laufen können – überzüchtet auf unnatürlich schnelle Gewichtszunahmen und ständige Qualen“, fasst der Agrarwissenschaftler und wissenschaftliche Berater von PETA, Edmund Haferbeck, die Kritik an der Ernennung Grotelüschens zusammen.

„Das Tier ist uns auch anvertraut zum Essen.“

Inzwischen sah sich sogar die evangelische Kirche als Moderatorin gefragt. Sie bot Ende April im Urbanus Rhegius Haus zum Thema "Moderne Landwirtschaft und Konfliktfelder gesellschaftlicher Wahrnehmung" mit Clemens Dirscherl den Beauftragten der EKD für agrarsoziale Fragen auf. Er sollte mit seinem Vortrag zu einer „wertegestützten Entscheidung“ beitragen. Das von ihm aufgezeigte Raster war am Ende aber so tauglich wie ein Tauchsieder für die Herstellung von Eis. Zwar sprach er vom Eigenwert jeden Geschöpfes und dessen abzulehnender Verdinglichung, um im nächsten Satz zu sagen: „Das Tier ist uns auch anvertraut zum Essen.“ Für Dirscherl lässt sich, so der Anschein der allermeisten Besucher_innen, jeder (Werte-)Konflikt in einen Kompromiss auflösen. Die Basis seiner Argumentation war, dass es nun mal eine weltweit steigende Nachfrage nach Fleisch gebe. (Woran der Muselman nicht ganz unschuldig ist, schenkt man Herrn Dirscherl Glauben.) Und da soll dann das Abwägen anfangen: Ist nicht das Geflügel wegen seiner im Vergleich zu Rind und Schwein geringen Getreideumwandlung nicht diesen vorzuziehen? Sicher: Geflügel brauche unheimlich viel Wasser und habe den unschönen Nebeneffekt von Luft- und Geruchsbelastung, aber – so der Referent – da könne man doch mit Technik vieles abschwächen.

Das ganze Ethik-Getue lief unterm Strich darauf hinaus, dass, wo Fleisch gegessen wird, es auch produziert werden muss. Klar wurde: Eine ethische Diskussion, die unsere Art zu leben für unverrückbar hält, führt zu nichts anderem als Rechtfertigungsphrasen.

Dass die Veranstaltung nicht gänzliche Zeitverschwendung war, ist dann vor allem dem „Setting“ geschuldet gewesen. Eingeladen war nämlich auch ein Po-

Langspecht übt sich in Wabuwabu

dium, besetzt mit: Uschi Helmers (BI Wietze), Rolf Meyer (SPD) und Kreislandwirt Jürgen Mente. Dies war insoweit kurios, als auch Uschi Helmers SPD-Mitglied ist. Da wurde den Teilnehmer_innen dann der Zwiespalt geboten, in dem die lokale SPD steckt. Die Bürgerinitiativ'lerin hatte einen Haufen guter Argumente gegen die „Emslandisierung der Region“ - im Unterschied zu Rolf Meyer, der für die SPD im Agraraussschuss des Landtages sitzt und deshalb eingeladen war; denn der findet grundsätzlich weder den Schlachthof noch die Mastställe schlecht („Bei bis zu 10 im Landkreis Celle sehe ich kein Problem.“).

Im Runterspielen der Dimension geübt zeigte sich auch Kreislandwirt Jürgen Mente, der die dörfliche Verankerung und den bäuerlichen Charakter der Betriebe im Landkreis betonte. Im Unterschied zum aggressiven Ton, den er in den ersten Veranstaltungen angeschlagen hatte, scheint er auf einen Kurs der Verschleierung eingeschwenkt zu sein. Zu einer Drohung war er aber im Stande: Wenn man die Celler Landwirte hindern würde, stünden im Emsland schon Großinvestoren bereit – die Einrichtung von Vorranggebieten, die einige Gemeinden betreiben, deutete er als Wegbereitung.

Warum eine „Ethikdiskussion“ unter dem Dach einer kapitalistischen Ökonomie letztlich unnützlich ist, machte noch der Schlussbeitrag des moderierenden Superintendenten, Hans-Georg Sundermann, deutlich: Wir alle sollten doch bitte als Konsument_innen mehr darauf achten, was wir verzehren.

Das kann sicher nicht schaden – nur das konkrete Schlachthofprojekt und die damit verbundenen Mastställe werden dadurch nicht gekippt! Das Problem mit dem Bildungsbürgertum ist, dass es nichts lernen will, z.B. aus Brechts ja themennaher „Heiligen Johanna der Schlachthöfe“: Ihr wenigstens geht am Ende auf, dass die Welt nicht „schlecht“ ist, weil der Mensch „schlecht“ ist. Sondern dass die gesellschaftliche Totalität ihm nur wenig Chancen lässt, anders zu sein, als er ist. Und ab da geht's eben um die gesellschaftlichen Verhältnisse.

In der Sprache des afrikanischen Dobu-Volkes bezeichnet Wabuwabu die Praxis der „Anwendung harter Praktiken“. Landtagsabgeordneter Karl-Heinrich Langspecht übt sich derzeit in dieser Methode gegen den Celler Kirchenkreis, indem er wiederholt unterstellt, der Kirchenkreis sei "einseitig parteipolitisch ausgerichtet". Außerdem bezweifelt er - in der Celleschen Zeitung abgedruckt - die Objektivität des Kirchenkreises, weil er selbst nicht auf dem Podium anlässlich einer Vortragsveranstaltung zum Thema "Moderne Landwirtschaft" in der Reihe "Kirche trifft" Platz nehmen konnte. Obwohl Langspecht weiß, dass sowohl Landrat Wiswe und Bürgermeister Klußmann aus Wietze (beide CDU) eingeladen waren, mokiert sich Langspecht öffentlich. Allmählich wird erkennbar, dass Langspecht ein Freund des Wabuwabu ist, dem es in der Frage von Schlachtfabrik und Mastställen in der Region offenbar gar nicht um Fakten und Argumente geht. Wie sonst hätte Langspecht auch den geplanten Walderlass des abgelösten Landwirtschaftsministers Ehlen unterstützt? [... - Näheres zu diesem Erlass im nebenstehenden Artikel.] Langspecht verteidigte diese juristische Trickserei als „richtigen pragmatischen Schritt“. Die neue Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen kassierte in einer ihrer ersten Amtshandlungen diesen rechtswidrigen Erlass. Wer wie Langspecht meint, die Wirklichkeit in dieser Weise verbiegen zu können, dem muss es auch ein Leichtes sein, einen um objektive Information bemühten Kirchenkreis öffentlich zu diskreditieren. Da bleibt für mich zu konstatieren: „Sie haben Recht, Herr Langspecht, der Kirchenkreis ist nicht objektiv, und die Erde ist eine Scheibe!“

Uwe Schmidt-Seffers, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit des ev.-luth. Kirchenkreises Celle

http://www.kirche-celle.de/news/einzelansicht-cellenews_zurueck/303/article/kommentar-langspecht-uebt-sich-in-wabuwabu.html, 05.05.2010

Sparen

Putzig ist die FDP. Nachdem OB Supermen.de im vergangenen Jahr mal ein Stück namens „Bürgerhaushalt“ aufführen ließ, das ihm seine Dezerent_innen mit detailverliebten Zahlenkolonnen zerschossen, will jetzt die FDP: Bürgerbeteiligung! „Die Bürger der Stadt sollen auf diese Weise die Möglichkeit erhalten selbst Sparvorschläge zu machen, die Sparvorschläge der Verwaltung zu bewerten, mitzudiskutieren und Stellungnahmen abzugeben.“ Was fällt uns dazu ein: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.

Google Street View

Das Unternehmen Google hat in einem Gespräch mit Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner zugesagt, den neuen Dienst "Street View" in Deutschland erst zu starten, wenn die von Bürgerinnen und Bürgern eingereichten Widersprüche vollständig umgesetzt sind.

Musterwidersprüche finden sich unter: http://www.bmelv.de/cln_181/SharedDocs/Standardartikel/Verbraucherschutz/Internet-Telekommunikation/GoogleStreetview.html

Sind wir nicht alle Griechen?



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf Laternen stehen beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo (versucht sich zu räkeln): Mmmh, endlich Sonne. Das war der längste Winter, seit wir hier stehen.

Die Dicke: Ich habe sogar ein bisschen Rost angesetzt.

Der lange Lulatsch: Alle reden vom Wetter. Über Wochen, weil's nicht Frühling werden wollte und jetzt nur noch: Sonnensonnensonne. Kein einziges Wort übers Klima und kaum eins über die Krise.

Oma Lilo: Eine Frau traf gestern hier eine Bekannte und meinte, sie würde jetzt kaufen-kaufen-kaufen, weil: Morgen sei der Euro sowieso nichts mehr wert.

Die Dicke: Die deutsche Inflationsangst.

Der lange Lulatsch: Und Schuld sind die PIGS – meint die BILD.

Klein Jonas: Pigs? Was haben Schweine damit zu tun.

Die Dicke: Nichts – es sind die Anfangsbuchstaben von Portugal, Italien, Griechenland und Spanien; die Nachrichtensender sprechen ja jetzt lieber auch von GIPS.

Oma Lilo: Aber ans Eingemachte geht es schon. Der Merkel ging sichtbar die „Muffe“ Anfang Mai, als mal wieder einige hundert Milliarden auf dem Spieltisch landeten. Und ob dieser Einsatz reicht, wissen sie ja immer noch nicht.

Der lange Lulatsch: Bei den Einsätzen hat die Rationalität den Spieltisch auch längst verlassen. Die Krise geht in die nächste Runde.

Oma Lilo: Dabei sahen sich alle schon über dem Berg.

Der Besserwisser: Die kapitalistische Krise ist eben kein Schnupfen.

Der lange Lulatsch: Ja – hat eher was Epidemisches. Ihr Auftrag, Dr. House!

Der Besserwisser: Mit einem „zügellosten Leben“ der Griechen zumindest hat es nichts zu tun. Alles, was die europäischen Staatenlenker jetzt ins Zittern bringt, ist Folge der seit 2007 wütenden Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Die Staaten haben Garantien für den überschuldeten Finanzsektor übernommen und sich damit eben auch. Zugleich sind ihnen die Steuereinnahmen weggebrochen.

Die Dicke: Und warum Griechenland?

Der Besserwisser: Die Währungsunion hat den Zweck, den Absatz von Industrieprodukten von den irrationalen Schwankungen der Devisenmärkte zu befreien. Also gerade für exportorientierte Industrie mehr Sicherheit zu bringen. Aber der gemeinsame Währungsraum hat eben nicht die nationale Standortkonkurrenz beseitigt. Das hieß in Europa: Freie Fahrt für die deutsche Rüstungs- und Automobilindustrie. Deutschland hat die schwächeren Ökonomien einfach niederkonkur

riert; die PIGS standen dieser Entwicklung ziemlich hilflos gegenüber und retteten sich über Verschuldung.

Die Dicke: Und jetzt müssen „wir“ zahlen – wie die BILD meint?

Der Besserwisser: Aus Sicht der Regierenden wird es ein „Wir“ geben – aber eins, das die herrschende Klasse nicht einschließt. Und die Profiteure sind die französischen und deutschen Banken.

Der lange Lulatsch: Klar, das „Wir“ sind die abhängig Beschäftigten. Es geht ja nicht „den“ Griechen an den Kragen, sondern gekürzt werden sollen Löhne und Renten – und selbstverständlich in den Sozialsystemen. Mit krisenverschärfender Folge nebenbei.

Die Dicke: Griechenland als Testfall, wie weit man gehen kann?

Der lange Lulatsch: Klassenkrieg von oben, was sonst. Und wenn sie die kämpferische griechische Arbeiterklasse klein kriegt, dürfte das für den europäischen Rest Warnung genug sein. Ähnlich wie bei der Zerlegung der britischen Gewerkschaften durch den Thatcherismus.

Die Dicke: „Wir“ müssen uns warm anziehen?

Der Besserwisser: Na die Diskussionen sind doch schon im Gange. Was dürfen sich die Kommunen noch leisten? Was nichts anderes heißt als: Welche öffentlichen Güter sollen noch bereit gestellt werden? Aber nebenbei: Für uns wäre es doch eine Befreiung, wenn wir endlich aufhören könnten, unsere albernen Texte aufzusagen, oder?

Der lange Lulatsch: Und wie wäre das? Marx vor 150 Jahren: *„Wenn die Demokraten die Regulierung der Staatsschulden verlangen, verlangen die Arbeiter den Staatsbankrott.“* Dann wären doch erstmal die Banken die großen Verlierer.

Der Besserwisser: Genau das wollen Deutschland und Frankreich nicht, und die entscheiden und nicht die Griechen. Im übrigen geht's bei Marx eigentlich nur darum, dass die Arbeiterbewegung im politischen Raum den 19. Jahrhunderts gegenüber den bürgerlichen Demokraten immer die weitergehenden Forderungen stellen müsse.

Klein Jonas: Und was wäre weitergehend – aktuell?

Die Dicke: Wir sind alle Griechen – die Krise heißt Kapitalismus. - Dr. House?

Der Besserwisser: Dass die Unteren sich nicht Sorgen machen um Inflation und die Börsennotierung ihrer fünfzehn SAP-Aktien, sondern mal feststellen, dass es ein besseres Leben erst geben kann, wenn Maybrit Illner und Josef Ackermann keine Beruhigungspillen mehr verteilen dürfen.

Die Dicke: „... der Oberen Niedrigkeit ist ohne Maß ...“

Der lange Lulatsch: Genau – „Die Heilige Johanna der Schlachthöfe“: *„Die aber unten sind, werden unten gehalten / Damit die oben sind, oben bleiben. / Und der Oberen Niedrigkeit ist ohne Maß / Und auch wenn sie besser werden, so hülfte es / Doch nichts, denn ohnegleichen ist / Das System, das sie gemacht haben: / Ausbeutung und Unordnung, tierisch und also / Unverständlich.“*

Oma Lilo: Schön wäre ja, wenn die Griechen Weltmeister würden.

Der lange Lulatsch: Mehr als unwahrscheinlich – aber einer der anderen PIGS kann's machen. Ich tippe auf ein Endspiel: Italien – Spanien; mit Spanien als Champion.

Alle anderen: Mmmh, ja – doch, denkbar, aber was ist mit Messi ...?



Gedo – Angriff auf die City?

Die „Pro Altstadt Initiative“ ist ein Zusammenschluss aus Kaufleuten, Hauseigentümer_innen und interessierten Bewohner_innen der Innenstadt. Revista sprach mit ihrem Pressesprecher Holger Nothnagel.

?: In Eurer aktuellen Pressemitteilung fordert Ihr, die gesamte Altstadt als Einkaufszentrum zu verstehen. Das hört sich ganz nach einer voll kommerzialisierten Innenstadt an. Sollte die Innenstadt jenseits der Möglichkeit den täglichen Bedarf an Konsumgütern zu decken nicht vor allem ein Ort sein für Begegnungen, Austausch und Kultur?

!!: Ja sicher, eine City ohne Kultur ist doch wie ein Zirkus ohne Clowns.

?: Auf Eurer Website habt Ihr ein Gutachten vom Städtereport Hamburg veröffentlicht, in dem das Potential für den Einzelhandel und ein großes Center wie Gedo ermittelt wird. Dort heißt es u.a., dass es in Celle keine erfolgreiche Fußgängerzone gibt, die auf engem Raum komprimierte Angebotsvielfalt bietet, sondern dass die potentiellen Kund_innen durch viele gastronomische Angebote abgelenkt werden.

!!: Eben darum kommen etliche auswärtige Besucher_innen nach Celle: Nicht wegen eines Centers, son-



dem wegen einer angenehmen Aufenthaltsqualität mit Verweilmöglichkeiten in Cafés etc. und wegen der vielen individuellen kleinen Läden. Das kann ein Gedo Center mit einer geplanten Verkaufsfläche von ca. 20.000 qm gar nicht bieten. Die gesamte Innenstadt hat eine Verkaufsfläche von gut 48.000 qm. Unsere Befürchtung ist, dass Leerstände jenseits des Gedo zunehmen und nicht mehr besetzt werden können. Center Mieten mit langfristigen Mietverträgen und Quadratmeterpreisen bis zu 90 Euro sind nur für größere Filialisten zu bewältigen, aber nicht für die Mehrheit der kleineren Kaufleute. Wir wollen keine Ballung von Kaufkraft und der damit einhergehenden Auf- bzw. Abwertung von Geschäftslagen, sondern eine Entwicklung der Stadt als Ganzes, Urbanes. Ein Center ist kein öffentlicher Raum mehr, sondern eine geschlossene Gesellschaft für sich.

?: Was meint Ihr mit kritischer Begleitung von Gedo?

!!: In Celle sollten nicht die gleichen Fehler gemacht werden wie in anderen Städten. Wenn es ein Center geben sollte, wollen wir eine Begrenzung auf 30 neue Läden (geplant sind 80) plus die großen Ankermieter H&M, einen Multimedia Fachmarkt und einen Lebensmittelvollsortimenter, jedoch in die bestehenden Strukturen integriert und nicht in Konkurrenz.

Nicht übersehen sollte man den Aspekt, den Walter Brune in seinem Buch „Angriff auf die City“ beschreibt. Dort schildert er, dass die großen Shopping-Center durch ihre elektronisch gesteuerten Verkaufsanlagen wesentlich weniger Mitarbeiter brauchen als viele kleine bis mittelgroße Einzelhändler zusammen. Wenn dieser drohende Arbeitsplatzverlust auf die gesamte BRD hochgerechnet wird und die zusätzlich geplanten 90 Shopping-Center mit einbezogen werden, sollen mehrere hunderttausend Arbeitsplätze verloren gehen.

Die Städteplaner spielen auf Risiko - das Gedo Center wird Celle für immer verändern, egal ob es später angenommen wird oder nicht. Schon die Genehmigung der vielen Einkaufszentren auf der so genannten grünen Wiese hatte Folgen, früher wurden diese Waren im fußläufigen Nahverkehr angeboten, heute stehen etliche der kleinen Läden „um die Ecke“ leer.

?: Warum seid Ihr nicht ausdrücklich gegen Gedo?

!!: Ich weiß nicht, ob die Vorteile eines kleinen, also maximal 10 000 qm großen, gut gemachten Centers nicht überwiegen. Es dürfte nicht nur einen Eingang haben, sondern müsste von überall zugänglich sein, kleinteilig und offen für alle. Aber Celle wird sicher auch ohne ein Gedo Center weiter existieren.

Celle 100 % sozial und ökologisch!

Wie wir in unserer letzten Ausgabe berichtet haben, setzt sich der Ortsverein der Gewerkschaft ver.di für die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft ein. Dies wurde bekräftigt durch die Rede von Paul Stern (ver.di-Ortsvereinsvorstand) auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB, die wir hier dokumentieren:

„Öffentlich ist wesentlich! Dieses Motto war 1999 nicht angesagt. Am 6. Oktober 1999 triumphierte E.on, der größte private Energieversorger Europas. E.on-Tochter Avacon AG gab die Übernahme der Stadtwerke Celle bekannt. In einer Presseerklärung dazu hieß es: *„Voraussichtlich mit Beginn des kommenden Jahres überträgt die Stadt Celle die Geschäftszweige der Stadtwerke Celle im Strom und Gasbereich sowie die Betriebsführung für das Wasserversorgungsnetz an die Avacon AG.“*

Das hieß konkret: Stadtwerke Celle zerschlagen, Daseinsvorsorge schwer beschädigt. Neoliberal kommentierte damals Biermann: *„Wir haben mit Avacon vereinbart, dass niemandem aus diesem Übergang Nachteile entstehen. Durch den Einstieg von Avacon wird vielmehr die langfristige Sicherheit der Arbeitsplätze deutlich erhöht. Ein Großunternehmen wie Avacon hat eben ganz andere Möglichkeiten, auf die raschen Veränderungen im deutschen Energiemarkt zu reagieren, als ein kleines Stadtwerk.“*

Genau dies propagierten Sozial- und Christdemokraten sowie, das muss selbstkritisch bemerkt werden, auch die Gewerkschaften vor Ort. Kurzsichtig wurde städtisches Tafelsilber verhökert – zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger. Das derzeit erhaltene Aktienpaket von 94 Millionen DM hat aktuell eine Börsennotierung von etwa 60 Millionen Euro. Der große Gewinner war und ist E.on. Die Profite von E.on nach Steuern haben sich im Zeitraum 2002-2007 fast verdreifacht.

Und der damalige Macher? Martin musste die goldene Kette der Stadt ablegen und bekam die goldene Kette von E.on umgehängt und tingelt jetzt als Atomstrompropagandist durch die Lande. Das war und ist Privatisierung hautnah.

Dieser historische Fehler kann jetzt korrigiert werden. Die Konzessionsverträge für Strom und Gas werden neu ausgeschrieben. Die Chance ist da, dass Politik und Zivilgesellschaft dafür sorgen, dass ein Kerngeschäft kommunaler Daseinsvorsorge, die Energieversorgung, wieder öffentliches Gut wird. Rekommunalisierung heißt, die Energieversorgung wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Es gilt: Öffentlich ist wesentlich.

Und wir sind da nicht farbenblind. Wenn die Linken und die Sozialdemokraten in Berlin städtische Wohnungsbaugesellschaften privatisieren ist das für uns genauso unannehmbar wie die erfolgte Privatisierung der

Landeskrankenhäuser durch schwarz-gelb in Niedersachsen. Öffentlich muss auch öffentlich sein. Eine Rekommunalisierung kann nicht so ablaufen wie in Springe, wo der französische Mischkonzern VEOLIA ins Boot geholt wurde. Konkret: Wir wollen keine Brötchen, wir wollen die ganze Bäckerei!

Wenn jetzt die Kommunalpolitiker tricksen, werden wir sie gnadenlos abstrafen. Denn: Nächstes Jahr sind Kommunalwahlen. Angesichts der Klimakatastrophe muss die Energiewende kommunal beginnen. Das heißt: Kein Bezug von Atom- und Kohlestrom, sofortiger und massenhafter Ausbau der erneuerbaren Energien. Das ist kommunale Energiepolitik des 21. Jahrhunderts!

Kolleginnen und Kollegen, unsere Agenda 2011 lautet: **Celle 100 % sozial und ökologisch! Rekommunalisierung jetzt!**“



Das Celler Forum gegen Atomenergie warb am 10. April mit einer kleinen Aktion vor der Celler SVO-Zentrale für die Rekommunalisierung. Der Slogan „Gegen Kohle und Atom“ war insoweit doppeldeutig gemeint, als darauf hingewiesen wurde, dass an die Mitglieder des Aufsichtsrates für ihre wenig aufwändige Tätigkeit gemeinsam 95.000 Euro jährlich ausgeschüttet werden. – Die Polizei leitete wegen dieser kleinen Aktion übrigens Ermittlungen wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ein.

Wiswe will die Optionskommune

Die Verwaltung der Erwerbslosen wird im Landkreis Celle zum Jahr 2011 anders strukturiert werden. Das Celler Modell der "getrennten Aufgabenwahrnehmung" darf nicht mehr weitergeführt werden. Aber ob die Arbeitsagentur zum "Jobcenter" wird und künftig auch die "Kosten der Unterkunft" bearbeitet - oder ob der Landkreis Celle als "Optionskommune" einen Teil der Arbeitsagentur schluckt und für den gesamten Bereich "Hartz IV" zuständig wird, ist eine offene Frage. Diese wird in den nächsten Wochen im Kreistag vorentschieden; die Betroffenen werden - wie sollte es anders sein in einer repräsentativen Demokratie - nicht gefragt.

Bundesweit war bisher die Regel, dass Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommune für die Betreuung von Langzeiterwerbslosen "Arbeitsgemeinschaften" gebildet hatten, die so genannten ARGE. Davon gibt es bundesweit insgesamt 346. In den seinerzeit auf Wunsch der CDU durchgedrückten "Optionskommunen" haben Städte und Landkreise diese Aufgabe ohne Mitwirkung der BA wahrgenommen. "Optionskommune" wird dieses Modell genannt, weil insgesamt 69 Kommunen hierfür "optieren", d.h.: sich hierfür entscheiden konnten.

Im Landkreis Celle existiert das dritte Modell, die "getrennte Aufgaben Wahrnehmung", das bundesweit nur in 22 weiteren Fällen betrieben wird. Hier übernimmt die BA Arbeitsvermittlung und ALG-II-Auszahlung und die Kommune die übrigen Leistungen (Unterkunft und Heizung) sowie begleitende Hilfen (Kinderbetreuung, Sucht- und Schuldnerberatung).

Da die Mischverwaltung der ARGEN sich nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts als mit der Verfassung nicht vereinbar erwies, wird diese jetzt geändert. D.h.: Die ARGEN dürfen bleiben, das Modell der "Optionskommune" auch - nur was in Celle praktiziert wird, das soll verschwinden.

Bei der Frage, wie es jetzt künftig im LK Celle geregelt wird, hat der Kreistag das erste Wort. Er könnte sich dafür entscheiden, eine Optionskommune zu werden oder mit der BA eine ARGE zu bilden.

Landrat Wiswe und mit ihm die CDU/FDP-Mehrheit haben jetzt klar signalisiert, dass sie "Optionskommune" werden wollen. Ihr einziges Problem ist, dass sie im Kreistag eine 2/3-Mehrheit benötigen. Und das scheint die einzige Hoffnung der Erwerbslosen zu sein, nicht gänzlich unter die Fuchtel von Wiswe und Co. zu geraten.

Der Landkreis Celle erweist sich in seinem bisherigen Verantwortungsbereich, nämlich den "Kosten der Unterkunft", als hochgradig verantwortungslos. In der revista wurde immer wieder darüber berichtet, dass das

einzigste Interesse der Hauptverwaltungsbeamten darin zu bestehen scheint, auf dem Rücken der Betroffenen "zu sparen". Und auch wenn die Arbeitsagentur in Celle niedersachsenweit vor allem bei den Sanktionen an der Spitze liegt, darf man in vielem auf ein Handeln nach bundesweiten Maßstäben rechnen. Würde man den Betroffenen also die Frage vorlegen, ob sie künftig nur noch vom Landkreis "verwaltet" werden wollen, dürfte die Antwort eindeutig ausfallen: NEIN!



Die Erfahrungen mit den bisher bestehenden "Optionskommunen" bestätigen aus Sicht der Erwerbsloseninitiativen diese Einschätzung. Martin Behring, Sprecher des Erwerbslosenforum Deutschland vertritt die Auffassung, dass die Optionskommunen kaum nachweisbare und nachhaltige Vermittlungserfolge aufweisen können. Sie würden sich dadurch auszeichnen, "dass sie in ihren Repressionen sich quasi in einem rechtsfreien Raum bewegen können und Hartz IV-Bezieher sich nicht auf bundeseinheitliche Rechtsauffassungen verlassen können." Bei Optionskommunen hätten nicht die Interessen der Erwerbslosen, sondern die der Kommune Vorrang. Die in Tausenden Fällen missbräuchliche Schaffung von Ein-Euro-Jobs wäre kaum möglich gewesen, wenn nicht die Kommunen entweder in allen Bereichen oder in den Arbeitsgemeinschaften beteiligt gewesen wäre.

Mit ihrer Kritik befinden sich die Erwerbsloseninitiativen in Übereinstimmung mit dem Bundesrechnungshof. Der übte scharfe Kritik an der Arbeit der Optionskommunen. Ihnen sei es *"bislang nicht annähernd gelungen, alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen aktiv in den Integrationsprozess einzubinden"*. Mit mehr als einem Drittel der Langzeiterwerbslosen sei nicht einmal ein Beratungsgespräch geführt worden sei, für 61 Prozent sei kein Vermittlungsprofil erarbeitet worden.

Erstaunlich ist dies nicht. Die Optionskommune verschärft die Zwei-Klassen-Gesellschaft der Erwerbslosen. Denn die "vermittlungsfähigen" Erwerbslosen hat dort die BA, die "Überflüssigen" die Kommune - sie sind damit auf dem Status der früheren Sozialhilfe. Und da war die Regel: kontrollieren, schikanieren und als Billigarbeitskräfte für die Belange der Kommune ausnutzen. Letzteres hieß vor Hartz IV "gemeinnützige Arbeit", heute heißt es: "Arbeitsgelegenheit" - in beiden Fällen war's der Ein-Euro-Job.

Gegenüber der CZ zeigte Wiswe übrigens seine „Fachkompetenz“: Er hielt die *„Chancen gerade Menschen mit zusätzlichen Problemen wie Alkohol- oder Drogenmissbrauch zu helfen, in kommunaler Hand für höher.“* (CZ, 26.03.2010) Genau dafür ist der Landkreis aber schon aktuell zuständig. Er weiß es nicht, die Betroffenen bekommen davon kaum etwas mit – aber vielleicht ist das auch besser so.

Drei Hürden haben Wiswe & Co. zu überwinden: Erstens muss sich im Kreistag die 2/3-Mehrheit finden. Zweitens: Nur für 41 zusätzliche Kommunen wird sich die Tür öffnen; man muss sich bewerben. Drittens: Der Landkreis hat sich bei den Erwerbslosen so unbeliebt gemacht, dass von dieser Seite Opposition möglich scheint. Aber eins nach dem anderen.

Der Kreisausschuss hatte schon im Mai 2008 erstmals mit CDU/FDP-Mehrheit – bei Enthaltung der SPD - entschieden, dass der Landkreise grundsätzlich bereit sei, Optionskommune zu werden, sobald sich die Möglichkeit dazu ergeben sollte. Jetzt beauftragte er die Verwaltung - leider mit Zustimmung der SPD, *"den formellen Antrag auf Zulassung [...] vorzubereiten und den dazu nötigen Kreistagsbeschluss herbeizuführen."*

Neben der 2/3-Mehrheit im Kreistag bedarf es zusätzlich der Vorlage umfangreicher arbeitsmarktpolitischer, infrastruktureller und personalwirtschaftlicher Konzepte. Die Inkompetenz der Landkreisverwaltung mag einen hier einigermaßen hoffnungsvoll stimmen. Zumal scheinbar viele Kommunen die Optionskarte ziehen wollen. Für die Zulassung gibt es klare Antragsvoraussetzungen (z.B. einheitliches Datenregime, Übernahme von BA-Personal, IT-Schnittstelle zur BA etc.) und Eignungskriterien (z.B. qualifiziertes und ausreichendes Personal, Erfahrung in der Arbeitsvermittlung und Konzepte für die Aufgabenwahrnehmung, Aufbau eines internen Controllingsystems etc.). Die erste Welle der Zulassungen soll zum 31.12.2010 abgeschlossen sein. Die Umsetzungsfrist läuft dann bis zum Ende 2011.

Die Opposition ist aktuell noch schmal. Das hängt selbstverständlich auch damit zusammen, dass die Betroffenen weder gefragt noch gehört werden.

Die LINKE/BSG hat sich klar positioniert. Die Kreisverwaltung sei aktuell *„nicht in der Lage, organisatorisch und personell seine Aufgaben zu erfüllen.“* Deswegen schließt Wolf Wallat eine Zustimmung zu einer „Gesamtübernahme“ durch Die Linke/BSG kategorisch aus. Er befürchtet bei dem Modell Optionskommune insbesondere auch eine weitere Spaltung des Arbeitsmarktes.

Entscheidend ist aber die Haltung der SPD. Und hier zeigt sich wieder die Ferne der Parteifunktionäre von der Erfahrungswelt der Erwerbslosen. Typisch ist vielleicht der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD Bundestagsfraktion Garrelt Duin. Er ist ein ausdrücklicher Befürworter der Optionskommunen, für ihn ein *"sehr erfolgreiche Modell"*. In Celle springen Maximilian Schmidt und auch die Fraktionschefin und Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann auf den Zug von Wiswe. In einer Pressemitteilung erklärt Lühmann: *"Wenn die Zahl der Optionskommunen auf bundesweit 110 erhöht wird, sollte der Landkreis Celle zeitnah prüfen, ob und wie eine Option umsetzbar ist. Wir Sozialdemokraten wollen die Hilfe aus einer Hand. Klar ist aber auch: Es dürfen keine unkalulierbaren finanziellen Risiken oder eine sinkende Qualität der Arbeitsverwaltung für die Leistungsempfänger entstehen."* Und Schmidt sekundiert: *"Dadurch besteht die Perspektive, eine kommunale Arbeitsmarktpolitik zu gestalten."* Allerdings müssten eine Reihe von Aspekten ordentlich geprüft werden: *"Die Zahlen gehören auf den Tisch - eine Option muss den Landkreis spürbar finanziell entlasten."* Letzteres dürfte auch das zentrale Interesse von Landrat Wiswe sein.

Immerhin: Die SPD will zunächst einmal mehr Informationen. Und wenn sie ein Interesse daran hat, bei Kommunalwahlen doch noch einmal mehr als 25 % zu bekommen, sollte sie sich mal gegen einen Landrat und eine Mehrheitsfraktion entscheiden. Denn die treibt seit Einführung von Hartz IV einzig ein Gedanke um: Wie kann auf dem Rücken der Betroffenen „gespart“ werden? Warum sollte sich das bei der Übernahme der Gesamtverantwortung ändern?

Aber was ändert sich im anderen Fall? Sicherlich nicht viel. Immerhin dürfte bei der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der zur Zeit herrschenden Gutsherrenmentalität der Landkreisverwaltung ein kleiner Riegel vorgeschoben werden.

Um den Interessen der Erwerbslosen mehr Gewicht zu verschaffen, ist insbesondere der DGB gefragt, denn: Sollte es zur „Jobcenter“-Lösung kommen wird neben der so genannten „Trägerversammlung“, gebildet aus Vertretern der Arbeitsagentur und des Landkreises, auch ein Beirat neu zu berufen sein. Hier sollte der DGB seinen Sitz mit einem/einer durch eine Vollversammlung gewählten Vertreter_in der gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen besetzen.

Volkzählung 2011

Im Jahr 2011 soll nach langen Jahren wieder eine Volkszählung (VZ) durchgeführt werden. Im Unterschied zur VZ 1987 (siehe Artikel auf den Seiten 22-25) soll nur etwa ein Drittel der Bevölkerung befragt werden. Dabei handelt es sich zum einen um Teilnehmer_innen einer Stichprobe von etwa 10 % der Bürger_innen und zum anderen um alle Eigentümer_innen von Gebäuden und Wohnungen. Diese „Stichprobe“ soll im Zusammenhang mit der Nutzung weiterer Daten aus Melderegistern und Daten der Bundesanstalt für Arbeit eine wissenschaftliche „Hochrechnung“ auf die gesamte Bevölkerung ermöglichen. Für alle angeschriebenen Bürger_innen gilt im allgemeinen eine Auskunftspflicht.

Erhoben werden demografische Daten wie Alter und Geschlecht, Erwerbsstatus und Bildungsabschluss, Haushaltsgröße und Familientyp, Angaben zu Gebäude und Wohnung, Arbeitsort und Schulabschluss usw. Der so genannte Zensusstichtag wird voraussichtlich im Mai 2011 liegen und gilt für alle EU-Länder.

Die Ortsgruppe Hannover des AK Vorrat hat eine Kritik an dieser Volkszählung entwickelt:

„Anders, als ursprünglich geplant und als von der EU verlangt, werden in Deutschland nun auch Religionszugehörigkeit und Migrationshintergrund abgefragt. [...] Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar konnte zwar noch erreichen, dass die adressscharfe Zuordnung der Zensusdaten mit Hilfe der im Anschriften- und Gebäuderegister enthaltenen kleinräumigen geografischen Koordinaten unterbleibt. Datenschutzrechtlich problematisch bleibe jedoch weiterhin die vorgesehene Datenerhebung in sogenannten *„sensiblen Sonderbereichen“* wie zum Beispiel in Krankenhäusern und in Haftanstalten, wo anders als bei der Volkszählung von 1987 die Daten personenbezogen erfasst werden sollen - und dies, *„obwohl das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil empfohlen hatte, in Bereichen, in denen die Gefahr einer sozialen Abstempelung besteht, die Erhebung möglichst in anonymisierter Form durchzuführen“*. Wir sehen insbesondere eine große Ge-



fahr in der Zusammenführung umfangreichster Daten.“

Die Kosten der Volkszählung werden mit 528 Millionen Euro prognostiziert!

Quelle: AK Vorrat, Ortsgruppe Hannover - <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

Ein Hintergrundinterview gibt es im Podcastbereich von Radio Flora unter: www.radioflora.de



Aktion „Zahltag“ Erstmals in Celle

Immer wieder klagen Erwerbslose darüber, dass es zu Unregelmäßigkeiten bei Zahlungen kommt oder die Antragsbearbeitung oftmals Wochen dauern. Darum will das BSG Bündnis Soziale Gerechtigkeit ein Zeichen setzen, um auf die für Betroffene nicht hinnehmbare Situation zu verweisen. Menschen mit Hartz IV-Bezüge können keine Zeiten ohne Zahlungen überbrücken oder gar an der Antragsstellung gehindert werden.

„Es geht um das Existenzminimum und da gibt es keinen Spielraum“, sagt Ulf Swiniartzki vom BSG: „Notfalls erinnern wir durch weitere Zahltag daran, dass dringender Handlungsbedarf beim Personalnotstand der Hartz-IV-Behörde herrscht und sofort Lösungen gefunden werden müssen.“ Es gebe einen erheblichen Beratungsbedarf, da nicht nur die Auszahlungen unzureichend funktionierten, sondern auch sonst erhebliche Probleme mit Bescheiden, Sanktionen und der „Freundlichkeit“ der Mitarbeiter vorherrschen.

Die Aktion „Zahltag“ ist eine bundesweite Aktionsform von unmittelbarer, kollektiver Selbstermächtigung und -Verteidigung gegen den fortwährenden sozialen Angriff von oben. Mit der Aktionsform „Zahltag“ gehe es dem BSG nicht darum, mit der Arbeitsagentur und dem Landkreis in einen Dialog zu treten: „Wir wollen keine Reform oder ein besseres Hartz IV, sondern dessen Abschaffung. Wir wollen uns selbst und selbstbewusst vertreten und uns gemeinsam zur Wehr setzen.“

Treffpunkt am 1. Juni vor der Arbeitsagentur in der Georg Wilhelmstr. 14 um 10 Uhr.

Links: Button der VZ-Boycottkampagne 1983.



Liebe Leser_innen!

In unserer zweiten Ausgabe beschäftigen wir uns noch einmal mit dem Tag der Niedersachsen, der vom 18. bis 20. Juni in Celle stattfinden wird (siehe letzte Ausgabe). Außerdem haben wir einen Text über den Mord an Peter Deutschmann 1999 in Eschede abgedruckt, der sich noch einmal mit diesem von Neonazis begangenen Verbrechen auseinandersetzt.

Ans Herz legen wollen wir euch das umfangreiche Programm der Workshopwoche, die im Sommer im Bunten Haus veranstaltet wird.

Viel Spaß mit dem „Fragezeichen“!
Punk!

ES WAR M O R D

Der folgende Text wurde vom Interventionsitischen Kollektiv Celle im Themenzusammenhang der Berliner Kampagne „Niemand ist vergessen“ angefertigt und ist auch in der gleichnamigen Broschüre erschienen.

Am 10. August 1999 nahm die Polizei den 18-jährigen Marco Siedbürger und den 17-jährigen Johannes Markus Kneifel fest, da sie des Todschlags an Peter Deutschmann beschuldigt wurden.

Einen Tag zuvor, am 9. August 1999 verschafften sich Marco Siedbürger und Johannes M. Kneifel, die beide der rechten Skinheadszene zugerechnet wurden, Zugang zu Peter Deutschmanns Wohnung, indem sie die Haustür eintraten. Die beiden alkoholisierten Neonazis wollten dem 44-jährigen Peter Deutschmann einen "Denkzettel" verpassen, da dieser ihre rassistischen Äußerungen nicht widerstandslos hinnahm. Nach eigenen Angaben der Täter wollten sie zunächst mit Deutschmann reden, da dieser ein Gespräch verweigert und beim

versuchten Rausschmiss die Hand erhoben haben soll, schlug Siedbürger Deutschmann zu Boden. Als der 44-Jährige wieder aufstehen wollte, trat Kneifel so lange auf das blutende Opfer ein, dass das Blut bis an die Decke spritzte. Beim Verlassen des Hauses nahmen sie das Telefon mit, um möglichen strafrechtlichen Verfolgungen zu entgehen. Sie ließen Peter Deutschmann mit eingetretenem Kehlkopf, hilflos und stark blutend zurück. Etwa dreieinhalb Stunden später hörte ein Nachbar die Hilfeschreie und alarmierte die Polizei. Peter Deutschmann erlag nach ca. 24 Stunden seinen Verletzungen.

Bei der gerichtlichen Vernehmung gestanden beide Täter, dass sie Peter Deutschmann geschlagen und auf ihn eingetreten haben. Kneifel habe seine Antworten eher leise und stockend hervorgebracht, und erweckte so den Eindruck als schämte er sich. Siedbürger hingegen habe reuelos gewirkt. Zudem gestand er offen seine Auslän-

derfeindlichkeit, welche er damit begründete, dass er einmal eine Auseinandersetzung mit Kurden gehabt habe. Beide gaben an, dass sie den durch sie herbeigeführten Tod bedauern würden

Die Jugendkammer des Landgerichts Lüneburg, mit Sitz beim Amtsgericht Celle, verkündete am 25.1.2000, nach einem mehrtägigen Gerichtsprozess, das Urteil: die beiden Angeklagten bekamen jeweils 5 jährige Haftstrafen. Der erfüllte Tatbestand war gemeinschaftliche schwere Körperverletzung mit Todesfolge. Da Marco Siedbürger und Johannes M. Kneifel eine „reine private Abrechnung“ vorgenommen hatten, sei die Tat zwar menschenverachtend, jedoch nicht politisch motiviert gewesen. Außerdem seien die beiden Täter nicht ideologisch gefestigt. Die Begründung für die Anwendung des Jugendstrafrechts sei laut



Staatsanwältin paradoxerweise die Schwere der Schuld, die schädlichen Neigungen, die erhebliche Menschenverachtung, das erhebliche Gewaltpotential der Angeklagten sowie die nicht feststellbare verminderte Schuldfähigkeit. Die Aussagen der Celler Polizei bestimmten maßgeblich das Bild, welches durch die lokale Presse publiziert wurde. So war zu lesen, dass die Tat nicht politisch motiviert war und die Täter nicht zur aktiven rechten Skinheadszenen zählen würden. Als eine Art Entschuldigung galten der Alkoholpegel, eine schwere Jugend und schlichte Dummheit. Die Cellesche Zeitung war nicht bereit eine Todesanzeige mit folgendem Inhalt abzudrucken: „2 Monate und schon vergessen - Peter Deutschmann- Am 10.8.1999 in Eschede von Faschisten erschlagen - Warum herrscht Schweigen?“

Es fanden in Form von Leserbriefen auch andere Meinungen den Weg in die Presse, so wurde die Tat als politischer Mord benannt und das Verhalten der Polizei angeprangert, welche neonazistische Umtriebe herunterspielen würde.

Peter Deutschmann war arbeitslos und lebte in einer Sozialwohnung am Rand von Eschede. In der Gemeinde war er unter dem Namen „Hippie“ bekannt. Zudem galt das „Dorforiginal“ als Ausländerfreund. Peter Deutschmann war mit dem Vater von einem der Täter befreundet, und auch die Neonazis selbst trafen sich des Öfteren mit Deutschmann zum Trinken.

Johannes Kneifel behauptet von sich selbst während seiner Haft den Weg zu Gott gefunden und der rechten Sze-

ne den Rücken zugekehrt zu haben. Er studiert Theologie an einer Fachhochschule in Berlin mit dem Berufsziel Pastor zu werden. Gegen Siedbürger wurde seit seiner Haftentlassung in über 57 Verfahren ermittelt, unter anderem wegen schwerer Körperverletzung. Zuletzt wurde am 14. April zu weiteren 22 Monaten Haft verurteilt. Er ist in Nazistrukturen wie der "Nationalen Offensive Schaumburg", der heutigen "Westfalen Nord", organisiert. Scheinbar rühmt er sich mit dem Mord an Peter Deutschmann: als sich mehrere Neonazis am 18.7.2008 gewaltsam Zutritt zum Detmolder Kulturzentrum "Alte Pauline" zu verschaffen versuchten, sagte Siedbürger: "Ich kann euch alle wegklatschen, mir passiert nichts, das wisst ihr ja (...) Ich habe schon einmal einen liegen lassen..."

W O R K S H O P W O C H E KREATIVE UMTRIEBE IM BUNTEN HAUS

In der Woche vom 19.-25. Juli veranstaltet das Bunte Haus e.V. in seinen Räumen eine Kreativ- und Workshopwoche für Jugendliche von 12 bis 20 Jahren. Von Montag bis Sonntag wartet ein buntes Programm zu den unterschiedlichsten handwerklichen, künstlerischen und sportlichen Bereichen. So wird es z.B. Einführung in die verschiedenen Werkstätten des Bunten Hauses geben: T-Shirts, Aufnäher, Stoffbeutel u.ä. können in der Siebdruckwerkstatt bedruckt

Siebdruckwerkstatt bedruckt werden, das Fotolaborteam wird mit den Teilnehmer_innen Fotos machen und in der Dunkelkammer von Hand entwickeln und auch die Holzwerkstatt wird ihre Tore öffnen. Darüber hinaus wird der Hof vor dem Bunten Haus im Rahmen mehrerer Graffiti-Workshops neu gestaltet und durch einen BMX- und einen Skater-Workshop belebt. Die Besucher_innen der Workshopwoche haben außerdem die Möglichkeit, die Gebärdensprache kennenzulernen, eine Einführung in Veranstaltungstechnik zu bekommen, sich als DJ auszuprobieren u.v.m. Das vollständige Programm mit näheren Informationen zu den einzelnen Workshops, den konkreten Veranstaltungszeiten und Anmeldungsmodalitäten

findet sich im Internet unter: workshopwoche.buntehaus.de. Alle Workshops sind für Einsteiger_innen geeignet und können einzeln besucht werden. Hervorzuheben ist hierbei, dass die Teilnahme an allen Angeboten kostenlos ist. Neben dem Programm wird das Bunte Haus an allen Tagen von 10 bis 20 Uhr geöffnet sein. In dieser Zeit sind alle Menschen herzlich willkommen, die Räume des Bunten Hauses zu erkunden, den Kickertisch zu bespielen oder einfach im Café oder auf dem Hof abzuhängen. Es verspricht also eine interessante und gechillte Sommerwoche zu werden.

J A G D - H Ö R N E R U N D H U N D E - G E B E L L NOCH EINMAL ZUM TAG DER NIEDERSACHSEN

Bereits in der letzten Ausgabe haben wir versucht euch unsere Kritik am Tag der Niedersachsen unter der Überschrift „Vom Sinn und Unsinn“ ansatzweise zu vermitteln. Um Sinn und Unsinn soll es auch diesmal gehen. Und zwar, warum es Sinn macht, das gemeinschaftliche Moment an einem Tag der Niedersachsen herauszustellen, warum aber schon die ganze Idee der Niedersachsen so absolut unsinnig ist.

Was interessiert mich eigentlich der Tag der Niedersachsen?

Mittlerweile sind zwei Monate vergangen und wir wissen jetzt schon genauer, dass wir uns auf Highlights wie „Schmucke Reiter, Jagdhörner und Hundegebell: Jagen wie zu Herzogs Zeiten“ freuen dürfen. Der Tag der Niedersachsen wird genau das, was zu erwarten war. Ein Fest, bei dem ein Haufen Dinge, die zwischen uns und dem schönen Leben stehen, reproduziert werden. Ein Haufen Dinge, wie Nationalismus und Lokalpatriotismus, Bundeswehr und Krieg, Konsum und Spaßgesellschaft, die so alltäglich geworden sind,

dass sie kaum mehr auffallen. Der Tag der Niedersachsen passt wunderbar zu dieser verkorksten Gesellschaft. Er sticht nur dadurch aus ihr heraus, dass er zwar eigentlich völlig egal ist, aber ein gutes Beispiel um zu zeigen, wie einsam diese Gesellschaft die Menschen macht, dass sie Gemeinschaft in homogenisierenden Zwangskollektiven suchen.

Wenn Ende Juni tausende Menschen durch Celle pilgern werden, dann tun das wohl die meisten, um am Event Tag der Niedersachsen teilzunehmen und nur sehr wenige, um ihre niedersächsische Identität auszuüben. Genauso wenig Menschen werden sich aber kritisch mit dieser auseinandersetzen. Man isst Bratwurst und Kartoffelsalat, freut sich am Bühnenprogramm und schaut den Kindern auf der Hüpfburg zu. Man tut dies nicht, weil man Niedersachse ist, aber das wird auch keinesfalls in Frage gestellt. Vom 18. bis 20. Juni feiern die Niedersachsen mit ihren Freunden. Und damit erreicht der Tag der Niedersachsen sein Ziel, das kollektive Erleben wird in Bezug zu Niedersachsen gesetzt. Das Gemeinschaftserlebnis und die ständige Propagierung einer niedersächsischen Identität lassen daran glauben, dass es diese tatsächlich gibt und dass man irgendwie dazugehört.

Die kollektive Inszenierung als Niedersachsen

ist zu kritisieren, da mit ihr Normierungen und einengende Maßstäbe einhergehen. Individuelle Entfaltung und Erkenntnis, Eigenständigkeit und Kreativität haben nur wenig Platz, wenn alle ja so gleich sind. Weil sich ein solches Kollektiv vor allem dadurch definiert, dass es andere ausschließt, muss etwas Gemeinsames gefunden werden – die niedersächsische Identität. Um diese Ideologie zu festigen, kommt der Tag der Niedersachsen da ganz gelegen. Es scheint als wird sich geradezu darum gerissen, die tollen Niedersachsen toll darzustellen.

Das Volksfest (!) in der postnazistischen Gesellschaft wirkt ideologiefestigend für die bürgerliche Struktur der Gesellschaft mit Patriarchat, Familie, Nation, Traditionen und all ihren anderen Erscheinungsformen. Der Tag der Niedersachsen reproduziert deutsche Leitkultur. Dies geschieht natürlich nicht offensichtlich. Doch bei näherer Betrachtung wird dieser Zusammenhang schnell deutlich. Auf dem Tag der Niedersachsen sollen Menschen feiern und



"Kultur erleben" und bekommen so - ganz subtil - die Ideologie eingetrichtert. Man schlendert über die Gourmetmeile und fühlt sich ganz niedersächsisch.

Dass sich die Bundeswehr präsentieren darf, dass die Deutschland-Abfeierei beim Länderspiel eins der Highlights sein soll, dass dem niedersächsischen Innenminister und Kontrollfreak Uwe Schünemann eine Bühne geboten wird, macht den Tag der Niedersachsen zwar noch ekkliger, ist aber nur logisch und deswegen nur bedingt erwähnenswert. Der Tag der Niedersachsen ist, unabhängig von seiner konkreten programmatischen Ausrichtung, prinzipiell abzulehnen, weil er dazu dient, die ideologischen Grundlagen der niedersächsischen Identität zu festigen.

Warum es den Tag der Niedersachsen gibt, warum er Sinn macht, warum er zwar nichts besonderes ist, aber trotzdem ziemlich eklig, scheint also sehr komplex und in einem weiteren Kontext zu betrachten sein. Wir haben in zwei Artikeln versucht, uns der Thematik ein wenig anzunähern und hoffen im Ansatz etwas von unseren Gedanken vermittelt zu haben.

ANKÜNDIGUNG



www.schlussmitnahtzischeiss.tk

SCHLUSS MIT DEM NAHTZISCHEISS

Kundgebung

gegen die
**Sommersonnwendfeier
der Nazis auf Hof Nahtz**
19. Juni 2010 | 12.00Uhr
Kreuzung Am Dornbusch Am Finkenberg Eschede

ZUM WEITERLESEN / AUCH GANZ INTERESSANT:

<http://nea.antifa.de/niemandistvergessen/>

<http://workshopwoche.bunteshaus.de/>

<http://kein-trialog.so36.net/>

<http://antimilitarismus.blogspot.de/sommerbiwak-2010/>

„Anglian Soldiers Go To Hell“

Der Celler Stadtrat hatte schon immer ein Faible für Militarismus. Nun war es mal wieder soweit: Mit dem Recht „Freedom of the City“ wurde im Mai das derzeit in Celle stationierte „2nd Battalion The Royal Anglian Regiment“ geehrt. Damit verbunden das „Privileg und die Ehre, zu allen zeremoniellen Anlässen mit Trommelschlag, aufgesetzten Bajonetten, klingendem Spiel und wehenden Fahnen durch die Stadt Celle zu marschieren“ – so heißt es im Beschlussvorschlag der Verwaltungsspitze. Mit dieser Auszeichnung solle, so die Begründung, die enge freundschaftliche Verbundenheit zwischen der hier stationierten britischen Einheit und der Stadt Celle zum Ausdruck gebracht werden. Und: „Weiterhin soll im Einklang mit dem Brauch der Garnisonstädte und der historischen Bindungen zum Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland der Beitrag der britischen Soldaten zum Erhalt des Friedens in Europa und der Welt gewürdigt werden.“

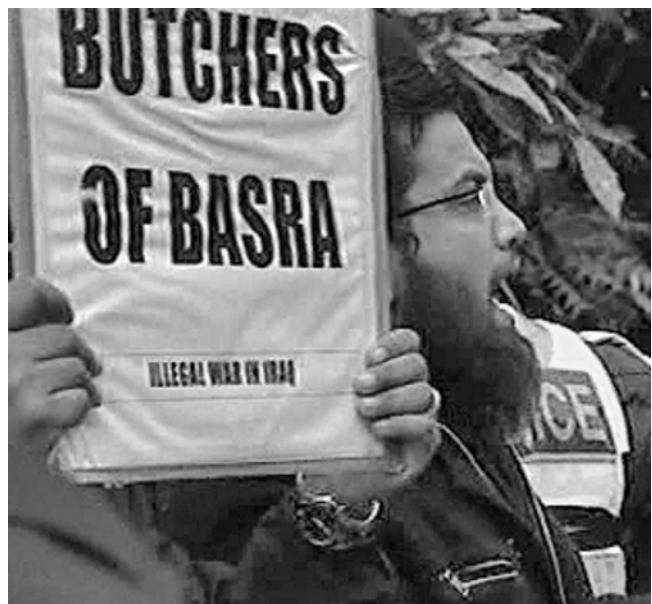
Es ist absolut verrückt, wie der Celler Stadtrat die Beteiligung der Einheit am Irak-Krieg als „Beitrag zum Erhalt des Friedens in der Welt“ beurteilen kann. Dieser Krieg war eine eindeutig völkerrechtswidrige Aggression. Und dies ist keine nur linksradikale Bewertung. Auch das Bundesverwaltungsgericht sah dies in einem Urteil aus dem Jahr 2005 so; im Leitsatz des Spruchs heißt es: „Gegen den am 20. März 2003 von den USA und vom Vereinigten Königreich (UK) begonnenen Krieg gegen den Irak bestanden und bestehen gravierende rechtliche Bedenken im Hinblick auf das Gewaltverbot der UN-Charta und das sonstige geltende Völkerrecht. Für den Krieg konnten sich die Regierungen der USA und des UK weder auf sie ermächtigende Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates noch auf das in Art. 51 UN-Charta gewährleistete Selbstverteidigungsrecht stützen.“ (Urteil vom 21.06.2005, 2 WD 12.04, NJW 2006, 77)

Das „2nd Battalion The Royal Anglian Regiment“ war zweimal in Basra/Irak „tätig“. Noch im Sommer wird es nach Zypern verlegt, um sich dort auf einen weiteren Einsatz in Afghanistan vorzubereiten. Danach werden die Soldaten an den Celler Standort nicht mehr zurückkehren. – Ab August haben wir dann wieder die Ehre, das „2nd Battailon The Royal Regiment of Fusiliers“ zu beherbergen. Eine Einheit dieses Regiments war bereits einmal in der Kaserne an der Hohen Wende stationiert; es bekam im Jahr 2003 das Privileg „Freedom of the City“ verliehen.

Neben der leider üblichen Verbeugung vor dem Militär spielte bei der jetzigen Verleihung auch eine Rolle, dass die britischen Konservativen im Wahlkampf den Abzug der britischen Truppen aus Deutschland als Ziel genannt hatten. Im Rathaus war man darüber wohl ei-

nigermaßen bestürzt: Es droht eine weitere Militärbrache. Trotz des Wahlsieges der Tories wird daraus – leider – so schnell nichts werden. Eine Verlegung der Truppen würde bis zu 5,5 Milliarden Euro kosten. Im übrigen gibt es in Großbritannien keinen so großen Truppenübungsplatz für Panzer wie in Bergen-Hohne.

Gegen die Verleihung des Privilegs stimmten übrigens einzig Wolf Wallat und Andreas Hauptmeyer von der Fraktion Die Linke/BSG. Wallat würdigte in seiner Rede zwar, dass die britischen Truppen dazu beigetragen hätten, Deutschland von dem Naziregime zu befreien und im Nachkriegsdeutschland demokratische Strukturen aufzubauen. Aber: „Britische Truppen haben am Krieg im Irak maßgeblich teilgenommen und sind dort weiterhin präsent, wobei klar ist, dass große Teile der deutschen Bevölkerung und damit auch die Bürgerinnen und Bürger in Celle, gegen diesen Krieg waren und sind.“ Er wies weiter darauf hin, dass die britischen Truppen auch in Gebieten agieren würden, in denen Kurden leben.



Im März 2010 mussten die „Poachers“ bei ihrer „Heimkehr-Parade“ im britischen Bedfordshire übrigens mit Protesten leben. Einige Kriegsgegner_innen hielten ihnen Plakate mit Aufschriften wie „Anglian Soldiers Go To Hell“ und „Butchers of Basra“. Der seinerzeitige Premierminister Gordon Brown dazu: „It is therefore disappointing that a tiny minority tried, but ultimately failed, to disrupt today's event.“ In Celle will die britische Einheit am 15. Juli von ihrem Recht Gebrauch machen. Wir würden es begrüßen, am nächsten Tag mal eine Übersetzung von Oberbürgermeister Mende in der Celler Zeitung zu lesen zu bekommen.

Politischer Streik in Deutschland

In den letzten Jahren war in der Celler Gewerkschaftsbewegung der politische Streik kein Thema. Die stattgefundenen Arbeitsniederlegungen gegen die Rente mit 65, gegen Naziaufmärsche im Harz sowie gegen die Agenda 2010 fanden hier keine Nachahmer_innen. Dies könnte sich langfristig ändern. Als erste Einzelgewerkschaft in Celle hat sich der ver.di-Ortsverein für die Wahrnehmung des politischen Streiks ausgesprochen. Die Mitgliederversammlung des ver.di-Ortsvereins am 11. März 2010 nahm einstimmig einen entsprechenden Antrag an. In ihm wird gefordert, „den politisch motivierten Streik als Freiheitsrecht, gemäß der Koalitionsfreiheit für gewerkschaftliche Widerstandsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland [...] wieder wahrzunehmen“.

In der Begründung des Antrages heißt es u.a.: „Die Gewerkschaften im DGB, aber in unserem Fall in ver.di, sind zunehmend der Verpflichtung ausgesetzt, für diese Freiheitsrechte zu kämpfen, wollen sie nicht Gefahr laufen, als politisch korrupter Vasall einer Kapitalideologie zu degenerieren, wo das Menschenrecht auf ein Leben in Würde nur Verkündigungsreligion bleibt.“

Der politische Streik wurde auch bei der Veranstaltung mit der SAV-Aktivistin Lucy Redler am 18. Mai 2010 im Bunten Haus thematisiert. Die Referentin sprach sich vehement für massive Generalstreiks aus. Sie verwies auf aktuelle Beispiele aus Griechenland, Spanien und Portugal. Generalstreiks würden Selbstbewusstsein erzeugen – wären ein Dammbbruch in der Durchsetzung sozialer Forderungen. Den bescheidenen Gebrauch von politischen Streiks in Deutschland führte sie auf die engen Bindungen der Gewerkschaftsführungen zur Sozialdemokratie zurück. Sie plädierte in diesem Zusammenhang für die Stärkung linker Zusammenhänge in den Gewerkschaften, z.B. in der „Initiative zur Vernetzung

der Gewerkschaftslinken“. In der Debatte ging es hauptsächlich um die Sinnhaftigkeit der Arbeit von linken Kräften in den DGB-Gewerkschaften. Als Alternative dazu wurde die FAU bzw. die wobblies genannt. Übereinstimmung bestand in der Aufforderung von Lucy, aktiv zu der bundesweiten Anti-Krisen-Demo am 12. Juni 2010 nach Berlin zu mobilisieren – sowie sich an dem Bildungstreik, ebenfalls im Juni, zu beteiligen.

Lucy Redlers Diplomarbeit zum Politischen Streik gibt es als pdf unter:

http://www.trend.infopartisan.net/trd0307/PolitischerStreik_Redler.pdf

CeBus-Betriebsrat fordert Politik zum Handeln auf

Die diesjährige Celler Mai-Kundgebung nutzten Betriebsrat und Beschäftigte der CeBus, um auf die Situation des Celler ÖPNV aufmerksam zu machen. Der Betriebsratsvorsitzende Jürgen Elendt kritisierte während eines Redebeitrages die lokale Verkehrspolitik: „Der ÖPNV ist chronisch unterfinanziert, er trägt sich nicht allein durch Fahrgeldeinnahmen. Die notwendigen Zuschüsse werden permanent gekürzt.“ Die Verlierer dieser Politik seien Kunden wie auch Arbeitnehmer: „Der Unternehmer kann nicht in erforderlichem Umfang investieren, gleichzeitig werden Linien ausgedünnt und der Fahrpreis erhöht“, so Elendt weiter.

Arbeitsverdichtung, seit 10 Jahren stagnierende Löhne und die Bezahlung im Niedriglohnbereich machten vor allem den seit 2001 Neueingestellten Schwierigkeiten bei der Versorgung ihrer Familien. Die Zukunft des Celler ÖPNV ist aus Sicht der Gewerkschaft ver.di düster: „Der Wettbewerb im ÖPNV geht zu Lasten der Beschäftigten und der Fahrgäste“, so Mira Ball, Gewerkschaftssekretärin bei ver.di, Fachbereich Verkehr. Es läge in den Händen der Kommunalpolitik an dieser

Situation etwas zu ändern: „Der ÖPNV gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge, die Bezuschussung öffentlicher Verkehre ist in Deutschland üblich. Insbesondere der umweltpolitischen Bedeutung wird dabei Rechnung getragen“ so Ball weiter.

Ver.di tritt für einen qualitativ hochwertigen und umfangreichen ÖPNV zu bezahlbaren Preisen und eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten ein. Dies sei Qualität im ÖPNV, für welche die Politik im Landkreis Celle endlich wieder die Verantwortung übernehmen müsse.

Foto: ver.di-Kollegen auf der Maikundgebung des DGB auf dem Brandplatz.



Keine Hand darf sich mehr rühren!

Das Buch "Die neuen Streiks" ist eine Textsammlung unterschiedlicher Autor_innen zu den Themen Streikgeschehen, Sabotage, Betriebsbesetzung und dem Arbeitskampf im World Wide Web. Hier geht es um Streikformen, die mit den traditionellen Konzepten gewerkschaftlicher Kämpfe gebrochen haben. Exemplarisch werden die Streiks bei OPEL Bochum 2004, bei Gate Gourmet 2005/2006, der Streik der Lokomotivführer_innen der GDL 2007 sowie die Auseinandersetzungen um die Fahrradwerke in Nordhausen 2007 analysiert. Auch die Sichtweisen auf die jeweiligen Aktionen sind durch die Verschiedenartigkeit der Autor_innen geprägt. Das Spektrum geht von syndikalistischen und operatistischen bis hin zu marxistischen und gewerkschaftlichen Bewertungen. Neben der Beschreibung und Bewertung aktueller Betriebskämpfe richtet die Textsammlung den Focus auf unkonventionelle Möglichkeiten von Organisation und Gegenwehr. Betriebsbesetzungen, Sabotage, Online-Aktivismus und das Konzept des 'Organizing' werden diskutiert. Witzig, aber konkret anwendbar, ist das Internetforum "chefduzen.de", das hier vorgestellt wird. Gemäß dem Motto "Online Zusammenschließen - Offline Kämpfen" vernetzt das Forum Kolleg_innen und fordert diese zu einem Austausch über ihre Erfahrungen mit und in ihrem Betrieb auf. Aufgeregte Reaktionen der Unternehmen führten dazu, die Bekanntheit des Forums stark zu erhöhen. Mut macht das Kapitel mit dem Schwerpunkt 'Organizing'. Der Kampf um die gewerkschaftliche Organisation neuer Gruppen wie die der Reinigungskräfte in Texas zeigt auf, dass ein neues Konzept durchaus erfolgreich sein kann. Nicht umsonst wird sich in der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di damit beschäftigt. Abschließend wird für einen erweiterten Streikbegriff plädiert. Stichworte sind Gebärstreiks, Hausarbeitsstreiks sowie Identitätsstreiks. Mit Gewinn können diese Textsammlung die Kolleg_innen lesen, die durch die üblichen Rituale der traditionellen Gewerkschaften frustriert sind. Dabei lässt es offen, wo und wie gekämpft wird - im DGB, in der FAU oder auch einfach zu Hause.

Torsten Bewernitz (Hg.): Die neuen Streiks. Geschichte. Gegenwart. Zukunft. Unrast-Verlag (ISBN-13: 978-3-89771-480-9), 192 Seiten, 14,80 Euro.

Es muss nicht immer kommentiert werden. Unterschiedlichste Materialien können auch reichen. Dies beherrzte der Wiesbadener Stadtrat und Gewerkschaftsfunktionär der IG BAU Veit Wilhelmy. Mit der Akribie eines Staatsanwalts sammelte er Urteile, Anträge, Schaubilder, Hintergründe, Geschichtliches usw. zu einer ein-

drucksvollen Kollage zum Thema Politischer Streik.

Der Kern ist die juristische Begründung des Verbots "politischer" Streiks in der BRD im Kontext der Nachkriegsgeschichte. Um die Grundlagenproblematik zu verstehen, werden zeitnahe Texte angeboten. Konfliktlinien können gut nachvollzogen werden.

Neben Äußerungen von Rappe, Zwickel, Freiberg, Wieschügel und dem neugewählten DGB-Chef Sommer sind die Dokumente zu den Anträgen bei den Einzelgewerkschaften, speziell bei der IG BAU sowie bei ver.di, spannend und enthüllend. Interessant sind auch die Petitionsversuche des Kollegen Wilhelmy und die entsprechenden Reaktionen. Zur Ausgewogenheit der Materialien tragen die Texte der bürgerlichen Politiker sowie der konservativen Richter bei.

Die Leser_innen werden zum Thema detail- und materialreich bedient. Ach ja: Vor kurzem ist Veit Wilhelmy aus der SPD ausgetreten.

Veit Wilhelmy: Der Politische Streik - Materialien zu einem Tabu. Fachhochschulverlag Frankfurt a.M. 2008, (ISBN 978-3-940087-17-1), 148 S. 16 Euro

"Kommt der politische Streik? - Weitere Materialien zu einem Tabu", Band 2, Fachhochschulverlag Frankfurt a.M. 2010 (ISBN 978-3-940087-53-9), 232 S., 19 Euro



Stelldichein in Kiel im September

Der „Celler Trialog“ wandert bekanntlich dieses Jahr nach Kiel, da die bisherige Partnereinheit des Treffens, die 1. Panzerdivision in Hannover, sich als Leitdivision in Afghanistan im Kriegseinsatz befindet. Vom 1. bis 3. September ist deshalb das schleswig-holsteinische Landeskulturzentrum Gut Salzau in der Nähe der Landeshauptstadt der Ort der Konferenz.

Das Motto lautete dieses Jahr: „*Handel und Wandel – Maritime Herausforderung und nationale Interessen.*“ Damit wird ein Schwerpunkt gesetzt, der für den Kriegshafen Kiel, die Rüstungsindustrie an der Förde und die Verherrlichung militaristischer Traditionen steht.

Das „Kieler antimilitaristische Bündnis gegen den Celler Trialog“ ist seit einigen Monaten aktiv und hat u.a. eine website eingerichtet, auf der Hintergründe zum Celler Trialog wie auch zum diesjährigen „Austragungsort“ zu finden sind: <http://kein-trialog.so36.net/>

Analyse einer jährlichen Tagung des militärisch-industriellen Komplexes

In einer für die Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V. durchgeführten Studie hat der Politikwissenschaftler Reinhard Rohde Geschichte und Bedeutung des Celler Trialogs analysiert. Der Text findet sich auf der website der Stiftung: <http://ni.rosalux.de/>

Der Autor geht in seiner Zusammenfassung davon aus, dass die Konferenz einerseits darauf angelegt ist, „*militärstrategische Konzepte an einen ausgewählten*



Teilnehmerkreis aus Wirtschaft und Politik zu vermitteln“. Vor dem Hintergrund der Um- und Aufrüstung der Bundeswehr sieht er andererseits „*auf einer informellen Ebene eine Netzwerkfunktion für den militärisch-industriellen Komplex der Bundesrepublik Deutschland“.*

Den Text wird es demnächst als kostenlose Broschüre mit einigen Dokumenten bei der niedersächsischen Rosa Luxemburg Stiftung geben.

Welche Unternehmen haben Vertreter entsandt?

Das ist nur eine von über 20 Fragen, die die Bundestagsfraktion DIE LINKE am 22. April 2010 im Rahmen einer „Kleine Anfrage“ zum Thema „Celler Trialog“ an die Bundesregierung gerichtet hat. (Drucksache 17/1476). Gefragt wird u.a.:

2. Welche Kosten sind in der Vergangenheit für Durchführung und Vorbereitung der Trialoge entstanden (bitte pro Jahr angeben)? [...]

4. Welche Dienststellen der Bundeswehr, und wie viele Angehörige der Bundeswehr werden in Zusammenhang mit dem Trialog tätig? [...]

6. Hatte die Bundeswehr in der Vergangenheit zur Durchführung des Trialogs einen militärischen Sicherheitsbereich eingerichtet, oder beabsichtigt sie dies in diesem Jahr, und wenn ja, mit welcher Begründung? [...]

10. Wie setzte sich der Teilnehmerkreis in den Jahren 2007, 2008 und 2009 zusammen (bitte pro Jahr angeben)? a) Welche Personen mit welcher Funktion haben an den Treffen teilgenommen? b) Welche Unternehmen haben Vertreterinnen und Vertreter entsandt? c) Inwiefern wurden Unternehmen eingeladen, deren geschäftliche Aktivitäten im Bereich der Rüstungsproduktion oder -forschung bzw. militärisch relevanter Dienstleistungen liegen? [...]

15. Welchen konkreten Nutzen erbrachten die bisherigen Trialogveranstaltungen aus Sicht der Bundesregierung?

16. Welche konkreten Schritte wurden zur Realisierung der im Celler Appell von 2008 geforderten Maßnahmen unternommen? [...]

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701476.pdf>

Zukunft für Ichhapur in Indien

Dieses Mal wird ein Projekt vorgestellt, das der Weltladen Celle seit dem Jahre 2000 unterstützt. Aus dem Wiederaufbau einer Schule nach einer Naturkatastrophe ist das Konzept einer Dorfentwicklung mit der langfristigen Perspektive, von Fremdhilfe unabhängig zu werden, entstanden.

Indien hat 1,2 Milliarden Einwohner, die 2000 verschiedenen ethnischen Gruppen angehören. Es ist unterteilt in 28 Staaten und in 6 Territorien und besitzt mehr als 100 Sprachen.

Orissa, einer der ärmsten Bundesstaaten Indiens, liegt an der Ostküste am Golf von Bengalen im mittleren Landesteil von Indien. In Orissa leben 36,7 Millionen Menschen auf einer Fläche knapp halb so groß wie Deutschland, davon 87 % in ländlichen Gebieten. Fast die Hälfte der Landbevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, was unter anderem auf die hohe Anzahl von Landlosen zurückzuführen ist.

In **Ichhapur**, einem kleinen weit abgelegenen Dorf in Orissa, dessen Bewohner - häufig Analphabeten - als Reisbauern leben, wurde 1989 eine Schule gegründet. Diese Schule, das Dorf und die gesamte Umgebung wurden im Oktober 1999 durch einen Zyklon vollständig verwüstet. Tausende von Menschen starben, das Vieh ertrank in den salzigen Fluten, das Saatgut wurde vernichtet, es gab kein Frischwasser, keine Lebensmittel, Seuchen drohten.

Viele internationale Organisationen unterstützten die Regierung mit Hilfsmaßnahmen. Regina Ullrich, die in Indien an Schulprojekten mitarbeitet, bat ihre in Celle wohnende Schwester, Christa Eschmann, um Hilfe. Diese wandte sich unter anderem an den Weltladen, der das Projekt seitdem unterstützt.

Durch Spendengelder finanziert, gelang der Wiederaufbau der Schule. Zunächst musste der Schlamm weggeschaufelt werden, dann wurde das Fundament der Schule erhöht, um Schutz vor ähnlichen Katastrophen zu bieten. Es wurden Ziegel hergestellt und gebrannt. Das Gebäude bekam eine Betondecke statt des Grasdachs, um stabilen Schutz vor Stürmen und Regen zu bieten. Die Regierung ließ vor dem Gebäude einen Brunnen bohren, der bis heute in Betrieb ist und auch der Dorfbevölkerung zur Verfügung steht.

Die Schule heute: Die Schule ist staatlich anerkannt, erhält aber keine staatlichen Gelder, da sich der extrem arme Staat Orissa nicht in der Lage sieht, Lehrer zu bezahlen und Schulen zu unterhalten. Die staatlichen

Schulen befinden sich in einem entsprechend katastrophalen Zustand und die Bevölkerung der Umgebung von Ichhapur nimmt daher das Angebot der Integralen Schule gerne wahr, ihre Kinder für eine geringe Gebühr dort zum Unterricht zu schicken. In Notsituationen ist kostenloser Zugang möglich.

Die Situation 2009: 135 Schüler werden vom Kindergarten bis zur 10. Klasse einschließlich unterrichtet. 14 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten für eine geringe Grundunterstützung freiwillig. Eine Familie können sie von der Aufwandsentschädigung nicht ernähren.

Integrale Schule - das Konzept einer **ganzheitlichen Erziehung:** Jedes Kind ist eine einzigartige Persönlichkeit und wird dementsprechend gefördert. Körperliche, vitale, mentale, seelische und spirituelle Aspekte bilden zusammen die Ganzheit eines Menschen. Kreative, künstlerische Fächer, Sport, Mathe, Geschichte und Meditation stehen gleichberechtigt nebeneinander.

Ziele des Vereins und der integralen Schule: Aufbau eines geregelten Internatsbetriebes, um den Kindern optimale Lernbedingungen (u.a. beleuchtete Arbeitsplätze, Arbeitsmaterialien, Zeit) und eine gesunde Ernährung bieten zu können. Viele Kinder sind wegen der Armut

ihrer Eltern unterernährt. Änderungen im Sozialverhalten werden gefördert (Überwindung des Kastenwesens, Gleichberechtigung der Mädchen, Hygiene).

Eine Eigenfinanzierung des laufenden Schulbetriebs wird angestrebt; durch folgende Projekte:

1. Der Schule sind vom Dorf 1,2 ha Ackerland überschrieben worden, die zur selbstversorgenden Landwirtschaft genutzt werden. Gerade für eine gesunde Ernährung der Kinder bietet sich dadurch eine Chance. Anbau u.a. von Bananen, Mango und Gemüse.

2. Bananenfaserproduktion (Männer) und deren Verarbeitung zu Papier und Körben (Frauen) durch Dorfbewohner. Der Gewinn aus dem Verkauf soll dem Unterhalt der Schule dienen.

Kontakte:

Aus der spontanen Hilfsaktion in Deutschland entstand 2005 der gemeinnützige Verein „Zukunft für Ichhapur“ mit Sitz in Hannover: c/o Eschmann, Robertstr. 6, 30161 Hannover (www.integral-school.com); 2008 wurde eine Partnerschaft zwischen der Grundschule Eltze/Uetze und der Integralen Schule Ichhapur gegründet. - Ansprechpartner im Celler Weltladen: Sigrid Dehn.



Die Sowjetunion trug die Hauptlast des Krieges

Wie seit langem jedes Jahr veranstaltete die VVN-BdA Niedersachsen gemeinsam mit dem DGB Nordost-Niedersachsen zum Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen eine Gedenkfeier am sowjetischen Mahnmal auf dem Kriegsgefangenenfriedhof Bergen-Hörsten. Hauptredner war Lars Niggemeyer (Foto rechts), derzeit beschäftigt bei der EU-Beratungsstelle der Gewerkschaften in Lüneburg:

„Wir haben uns heute hier versammelt zum Gedenken der sowjetischen Opfer des Nationalsozialismus.

Ich verneige mich vor den zwei Millionen ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen, 20.000 davon sind hier in Hörsten begraben.

Darüber hinaus möchte ich allen durch den deutschen Faschismus ermordeten Menschen gedenken; insbesondere der Bürger der Sowjetunion. Über 20 Millionen sowjetische Soldaten und Zivilisten sind dem Terror der Nazis zu Opfer gefallen oder haben im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben gelassen; darunter auch eine Million Juden.

Wir dürfen nie vergessen: Die Sowjetunion trug die Hauptlast des Krieges – nicht nur was Zahl der Opfer, sondern auch was die Beteiligung an Kampfhandlungen angeht. Eine Befreiung Deutschlands vom Faschismus ist ohne die Sowjetunion undenkbar – es hätte keinen 8. Mai 1945 ohne einen 3. Februar 1943, dem Tag der Kapitulation der deutschen Armee bei Stalingrad, gegeben.

Es ist bitter zu sehen, dass in der deutschen Medienöffentlichkeit oftmals die USA als alleinige Befreier erscheinen, so als ob erst mit der Invasion in der Normandie die Wende im Krieg eingetreten sei. Dies ist nachweislich falsch.

Unerträglich ist es aber, wenn deutsche Vertriebenenverbände die deutschen Vertriebenen insgesamt als Opfer hinstellen. Hierbei wird die Ursache der Vertreibung



– der mörderische Angriffskrieg Nazideutschlands – ausgeblendet. Natürlich haben deutsche Vertriebene ebenfalls sehr leidvolle Erfahrungen gemacht, aber wir dürfen nicht vergessen, dass ein großer Teil der Vertriebenen Täter war – als Mitglied oder Wähler der NSDAP, als Soldat, als Profiteur der Raubzüge der deutschen Armeen im Osten. Wer aber Unterstützer eines beispiellosen Menschheitsverbrechens war, kann nicht beanspruchen Opfer zu sein, wenn sein verbrecherisches Unterfangen fehlschlägt und er infolge dessen Leid und Schmerz erfährt. Nur diejenigen deutschen Vertriebenen, die den Nationalsozialismus und seinen Vernichtungskrieg im Osten auf keine Art und Weise unterstützt haben, können beanspruchen, auch als Opfer anerkannt zu werden.

Mit dem deutschen Faschismus verbinden sich die schrecklichsten Verbrechen des 20. Jahrhunderts, diese Vergangenheit muss Verpflichtung für alle Deutschen sein, dass derartiges hier nie wieder geschehen darf. Für den DGB ist der Kampf gegen den Faschismus seit seiner Gründung 1949 eine zentrale Aufgabe bis heute. Es darf deshalb keine Versammlung von Nazis ohne Gegendemonstration geben! [...]

Allerdings müssen wir nicht nur die Faschisten sondern auch die Ursachen des Faschismus bekämpfen: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen“ (Max Horkheimer). Das heißt nicht, dass Faschismus und Kapitalismus identisch sind. Es hätte aber keinen Sieg des Faschismus in Europa ohne die große kapitalistische Krise Ende der 20er Jahre gegeben. Erst der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 hat den Faschismus für viele Menschen zu einer verlockenden „Krisenlösung“ gemacht.

Kapitalistische Krisen sind existenzbedrohend für viele Menschen, denn sie verlieren im Laufe der Krise ihre erworbene soziale Position, sie werden arbeitslos, zum



Teil obdachlos. Sie werden „überflüssig“ – Aus dieser Erfahrung folgen zwei entgegengesetzte Antworten - eine solidarische und eine barbarische.

1. Die barbarische Antwort der Faschisten: Hierbei wird das Konkurrenzprinzip von der Sphäre der Ökonomie auf die ganze Gesellschaft übertragen. Ein Lebensrecht soll es nur für die durchsetzungsfähige „Rasse“ geben, der Unterlegene „verdient“ es, vernichtet zu werden. Dieser barbarischen Ideologie liegt sozialpsychologisch die Ausgrenzungserfahrung in der Krise zu Grunde. Die erlebte Ohnmacht wird auf andere übertragen: Die Verlierer der Krise wollen, dass andere zu Opfern werden. Diese Verlierer stellen aber nicht ein ökonomisches System in Frage, das Gewinner und Verlierer produziert. Sie wollen, dass andere Menschen „überflüssig“ werden. Letztendliche Konsequenz ist die Vernichtung sogenannter „Andersartiger“, also von Menschen mit anderen Gedanken, anderem Aussehen, anderem ethnischen und kulturellen Hintergrund.

Diese perverse Logik ist aktuell in Ungarn zu besichtigen wo Faschisten 17 % der Wählerstimmen erhalten haben und eine ungarische SA offen marschiert. Ungarn ist von der aktuellen Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Die Arbeitslosigkeit in Ungarn ist seit 2008 massiv gestiegen und die bisher regierenden Sozialdemokraten haben mit neoliberaler Sparpolitik die Krise verschärft. Sie haben es versäumt, eine solidarische Antwort auf die Krise zu geben.

2. Die solidarische Antwort der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften: Dieser Antwort liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass die Ursache der Krise ein ökonomisches System ist, das wenige Gewinner und viele Verlierer hervorbringt. Dieses steht im Widerspruch zu der Einsicht, dass alle Menschen Träger von unveräußerlichen Menschenrechten sind, und zu diesen Rechten auch die Freiheit von materieller Not gehört. Materielle Not kann durch die Umverteilung des vorhandenen Reichtums überwunden werden. Das heißt konkret:

- Arbeitslosigkeit kann durch Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitssuchenden sowie öffentliche Beschäftigungsprogramme überwunden werden.

- Hohe Einkommen und große Vermögen müssen angemessen besteuert werden, so dass alle Bürger am materiellen Reichtum der Gesellschaft teilhaben.

- Schließlich sollten durch eine Demokratisierung der Wirtschaft die Beschäftigten zu Mitentscheidern in den Unternehmen werden. Die Entscheidung über das was, wann, wie und wo von Investitionen geht alle an.

Um diese solidarische Antwort durchzusetzen hilft nur eines: Alle, die eine solidarische Gesellschaft wollen, alle die keinen Faschismus wollen, müssen sich zusammenschließen und gemeinsam dafür eintreten. Wir dürfen uns dabei nicht von theoretischen und praktischen Differenzen, die es natürlich gibt und geben darf, abhalten lassen. [...]"



Aus der Geschichte für heute und morgen lernen

Im Rahmen des Internationalen Jugendworkcamps Bergen-Belsen 2010 mit 70 Jugendlichen aus 9 Ländern waren zwei Arbeitsgruppen im April jeweils zwei Tage im Bunten Haus in Celle. In einer Pressemitteilung heißt es dazu:

„Beeindruckt waren die Jugendlichen vom Bunten Haus in Celle, als selbstbestimmtes Haus ohne Chef. Mit Unterstützung des Bunten Hauses ließen sie ihren Eindrücken beim Malen und Siebdrucken freien Lauf. Tiefe Eindrücke hinterließ ein Flüchtling, der schilderte wie er von deutschen Behörden als Mensch zweiter Klasse behandelt wird und jahrelang ständig die nächtliche Abschiebung fürchten musste. Auch erarbeiteten sich die Teilnehmenden Kenntnisse über die Präsenz von Neonazis in der Heide.“

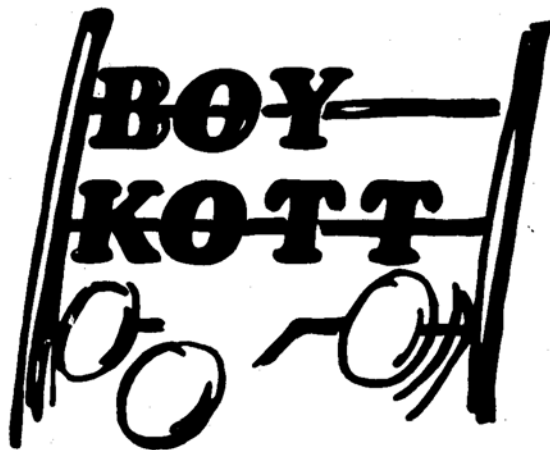
Mit Erstaunen stellte die internationale Gruppe fest, dass in Celle immer noch etwa 15 Straßen nach alten Nazis benannt sind. Eine Gruppe zog durch die Stadt, klebte die wahren Nazi-Biografien an Straßenschilder und nannte einige Straßen um in "Street of Happiness", "Street of peace" oder "Banana-Street". Möge der Celler Stadtrat diesen Vorschlägen folgen.“

Foto unten: Eine der AG's vor dem Bunten Haus; Foto links unten auf S. 19: Das Transparent wurde im Workshop gemacht (Text: „different on the outside. equal on the inside“)



Volkszählungsboykott 1983 / 1987

Im Jahr 1983 war der Versuch, nach langen Jahren wieder eine umfassende Volkszählung (VZ) durchzuführen, zunächst vom Bundesverfassungsgericht wegen Datenschutzbedenken gestoppt worden. Das Urteil gab dann die Basis dafür ab, was seitdem als „*informationelles Selbstbestimmungsrecht*“ gilt. Doch auf der Grundlage dieses Urteils startete die CDU/FDP-Bundesregierung 1987 einen zweiten Versuch. Sie sah sich mit einer rasant sich entwickelnden Boykottbewegung konfrontiert. Auf den Protest reagierte die Staatsgewalt mit den üblichen Reflexen von Überwachung und Kriminalisierung. Die massenhafte Androhung von Zwangsgeldern ließ die Boykottbewegung am Ende einbrechen. So hatte die Kampagne zwar einen erstaunlichen Mobilisierungseffekt, der aber schnell verpuffte und kaum nachhaltige Wirkungen hinterließ. Der Umgang mit „den eigenen Daten“ wurde mit der wenig später einsetzenden Digitalisierung der Welt geradezu fahrlässig, und gegen die vielfältigen staatlichen Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen regte sich seitdem zumeist nur bei „den üblichen Verdächtigen“ Kritik. Erst in den letzten zwei, drei Jahren ist wieder etwas von Sensibilität breiter Bevölkerungsteile mit der Datensammelwut zu bemerken. Die auch neue Form von (Online-)Protesten brachte immerhin einen Zwischenstop in Sachen Datenvorratspeicherung.



**VOLKS
ZÄHLUNG**

Boykott: 10 Minuten,
die Sie sonst bereuen würden '87

Schon 1983 war die „*Celler Initiative gegen die Volkszählung und anderen Datenmißbrauch*“ auf eine ungewöhnliche Resonanz gestoßen. Zur Gründungsveranstaltung auf Anregung der „*Alternativen Grünen Liste*“ waren Mitte März etwa 200 Interessierte geströmt; 50-60 Leute organisierten in der Folge Infostände und die Verteilung von Flugschriften. Nach dem Stop der VZ durch das Bundesverfassungsgericht feierte die Initiative ihren Erfolg mit einem dem Verfassungsschutz zugeschriebenen Dankeschreiben so:

„*Liebe Celler VoBo-Initiative, Euch gebührt der innige Dank unserer Behörde. Durch Eure Arbeit habt Ihr doch tatsächlich innerhalb kürzester Zeit eine für Celler Verhältnisse erschreckend große Zahl von Boykottwilligen mobilisiert. Sicher, wir hatten schon damit gerechnet, daß die ewigen Nörgler und Randalierer, von denen es in Celle eine verschwindend kleine, völlig isolierte Minderheit gibt, sich gegen die Volkszählung auflehnen würden. Wenn ich mir als Verfasser dieser Zeilen eine persönliche Bemerkung erlauben dürfte, haben diese Krawallbrüder unserer Demokratie gute Gründe, Angaben über ihre zwielichtige Existenz dem Staat vorzuenthalten. Dann waren alle Mitarbeiter unseres Stabes jedoch völlig entsetzt, als unter den ca. 800 Teilnehmern Eurer Veranstaltungen – ein Kollege hat die genauen Zahlen – bisher scheinbar unbescholten gebliebene Bürger in großer Zahl erschienen. [...] Einer unserer Fotografen hatte wirklich nicht mit einem solch starken Andrang auf Euren Info-Stand in der Fußgängerzone gerechnet. Sein Assistent mußte zum Nachladen der Kamera mehrmals eine nahegelegene Drogerie aufsuchen. Es sollten doch ausnahmslos alle Interessenten ins rechte Bild gerückt werden. [...] WENN WIR DÜRFTEN WIE WIR KÖNNTEN ... ORWELL WÜRDE STAUNEN. Gruß und Kuß Euer Verfassungsschutz.*“ (Celler Zündel, 5/1983, S. 10)

1987 ging die Volkszählung dann in die zweite Runde, die Bewegung musste erneut ihre Mobilisierungskraft beweisen – und nun verstanden die staatlichen Stellen keinerlei Spaß mehr.

Unter der Überschrift „*kontrollieren – kriminalisieren*“ gab der Celler Zündel in der Februar-Ausgabe 1987 den Startschuss für die Celler Kampagne und stellte Fragen:

„*Wozu dieser große Aufwand? Sollen die erhobenen Daten, wie lauthals propagiert, tatsächlich im Sinne des Bürgers/der Bürgerin verwendet werden? Weiß der Staat nicht bereits ohne Volkszählung, daß Millionen von Menschen arbeitslos sind, daß billiger Wohnraum fehlt, daß soziale Einrichtungen notwendig sind. Doch was wird gemacht, um diese Mißstände zu beseitigen – nichts! Wozu werden die Daten der Volkszählung wirklich benötigt? Statistik ist nicht wertfrei, sondern abhängig von der herrschenden*

Macht und deren Interessen. Mit Hilfe der Volkszählung soll die Gesellschaft in wesentlichen Bereichen für Staats- und Kapitalinteressen planbar und rationalisierbar gemacht werden.“ Die Volkszählung wird im weiteren als Instrument der „Krisen- und Kriegsplanung“ sowie als „Steinchen auf dem Weg in den totalen Überwachungsstaat“ beschrieben.

Am 5. Februar luden Grüne und „Unabhängige Initiative“, der seinerzeitige Zusammenschluss von Autonomen und radikalen Linken, zu einer Infoveranstaltung ins Le Bistro (heute GDS) ein. Es kamen rund 150 Besucher_innen, und es gründete sich die „Volkszählungsboykott-Initiative“. Wöchentlich fanden Plena im Le Bistro statt, bei denen regelmäßig 20-30 Leute aus einem Aktivist_innenpool von rund 60 Menschen teilnahmen.

Die Motive der Gegner_innen waren sehr breit gefächert. Während in den Flugblättern und Infobroschüren eine politische Kritik am Überwachungsstaat im Zentrum stand, war es bei vielen Bürger_innen wohl eher eine diffuse Angst vor dem „Blick in ihr Schlafzimmer“.

Besonderes Interesse fanden deshalb weniger die Argumentationen gegen den staatlichen Erfassungswahn und die dahinterstehenden Interessen, sondern eher die praktische Frage: Wie kann ich risikolos die Volkszählung boykottieren? Für einen kurzen Zeitraum wurden zehntausende Menschen so dann doch eher zu Verwaltungsrechtsexpert_innen, denn zu Gegner_innen staatlicher Politik. - Eine bei Zweitausendeins erschienene Broschüre mit Rechts- und Verhaltenstipps (Verena Rottmann/Holger Strohm: *„Was Sie gegen Mikrozensus und Volkszählung tun können“*) verkaufte sich über 250.000mal.

Die Celler Kampagne lief vor allem über Informationsstände in der Innenstadt und diverse Veranstaltungen. Mit rund 150 Teilnehmer_innen am besten besucht war am 1. April eine Veranstaltung mit Jürgen Täger vom Institut für Rechtsinformatik der Uni Hannover. In der Städtischen Union beantwortete er die Fragen unter dem Motto *„Was Sie schon immer über die Volkszählung wissen wollten“*. Schon im März hatte es im Le Bist-

ro einen so genannten „Volkszähl-Abend“ mit dem ironisch gemeinten Titel *„... und bitten um Ihr Verständnis“* gegeben, bei dem mit Sabine Roisch, eine Mitarbeiterin der Landtagsgrünen, eine Einführung gegeben hatte und anschließend ein in der Celler Boykottinitiative mitarbeitender Rechtsanwalt auf Detailfragen Auskunft zu geben versuchte. Hier platzte der Saal aus den Nähten, es waren deutlich mehr als 100 Besucher_innen. Nur 50-60 Teilnehmer_innen hatte dagegen eine Veranstaltung mit dem hannoverschen Rechtsanwalt Schindler zum Thema *„Ausländer und Volkszählung“*. Dabei war diese Bevölkerungsgruppe individuell am ehesten durch die Datenschnüffelei gefährdet – illegaler Aufenthalt, falsche Meldeangaben etc. waren schon damals Strategien von Asylbewerber_innen, sich den ausgrenzenden Lebensalltag in der Bundesrepublik angenehmer zu machen bzw. drohenden Abschiebungen zu entgehen.

Eine breite Außenwirkung erzielte die VoBo-Initiative insbesondere durch die massenhafte Verteilung von Flugblättern. Von einem vierseitigen Info wurden in Stadt und Landkreis 7000 Exemplare unter die Leute gebracht. Die Argumentation war in weiten Teilen politisch, auch wenn insbesondere die „Schnüffelei“ denunziert wurde. So heißt es:

„Sie sehen, die Datensammelwut ist grenzenlos und macht auch vor Ihren sensiblen persönlichen Daten nicht halt. Dabei werden die konkreten Verwendungszwecke, denen diese Daten dienen sollen, nicht angegeben. Der Staat sammelt Ihre Daten „auf Vorrat“. [...] 1970 hat die letzte VZ stattgefunden, jedes Jahr werden im Rahmen des Mikrozensus umfangreiche Datenerhebungen vorgenommen. Tatsache ist, daß diese Erhebungen weder dazu beigetragen haben, Arbeitslosigkeit zu verringern, den Bau anonymer und menschenfeindlicher Wohnsilos in den Städten zu verhindern, Kindergärten und Schulen dort zu bauen, wo sie dringend benötigt werden. Im Gegenteil, Kindergärten fehlen an allen Ecken und Enden, Schulen sind zusammengeschlossen

ER TRÄGT DIE BEWEGUNG AUCH
HERBERT ZÜNDELN
IN KONSERVATIVSTE
STADT-
TEILE



Die Karikatur links stammt aus dem Celler Zündel vom März 1987; das „Opfer“ stellt einen „Volkszähler“ dar.

worden und zu „Schulzentren“ zusammengefaßt worden; oft verbunden mit langen Anfahrtswegen für die Kinder! Und das alles mit unseren Daten!“ (aus: Was Sie schon immer über Volkszählung wissen wollten – Flugblatt vom März 1987)

Wie überall im Land wurden die Boykottwilligen aufgefordert, ihre unausgefüllten Haushalts- und Personenfragebögen bei Boykottstellen abzugeben. Hierfür diente das Büro der Grünen in der Bredenstraße als Anlaufstelle. Die Bilanz der eingesammelten Bögen war Mitte Juni eher ernüchternd; in der Stadt Celle waren Mitte Juni 683 unausgefüllte Fragebögen abgegeben worden. Insgesamt hatten aber rund 3.000 Celler_innen (4,3 %) bis zum 10.8. ihre VZ-Bögen nicht zurückgegeben, bei ca. 15 % der Haushalte waren Nachfragen notwendig. Dies ging aus einer 19 Punkte umfassenden Ratsanfrage der Grünen hervor. (Die Grünen informieren, 09/1987)

Immerhin wurde mit dem „Altpapier“ noch eine schöne Aktion durchgeführt. Am 27. Juni hingen in Poststraße und Zöllnerstraße Hunderte von unausgefüllten Bögen an einer zwischen die Laternenpfeiler gespannten Wäscheleine. Die Cellesche Zeitung schrieb: „Die Freiwillige Feuerwehr wurde gerufen und von der Polizei gebeten, die unwillkommene „Zier“ der Innenstadt zu entfernen (was dann auch unter den Augen einer Polizeistreife und mittels Stehleiter geschah.) Wieweit die „Dekoration“ des Celler Stadtzentrums mittels Volkszählungsbogen strafbar sein könnte, konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden.“ (CZ, 29.06.1987)

Und die Stadt Celle entblödete sich nicht, dem Ortsverband der Grünen die Kosten der „Maßnahme zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr“ in Rechnung stellen zu wollen. Für „Ausgeführte Arbeiten für die Beseitigung des verkehrgefährdenden Zustandes: Leine entfernt, da nicht gestattet und unfallträchtig“ wurden 136,54 DM berechnet. (Schreiben der Stadt Celle vom 24.09.1987) Die Grünen nahmen es mit Humor: „Über Ihre SOG-Gebührenrechnung haben wir zunächst herzhaft gelacht. Zweifellos eine originelle Idee der durch die Steuerreform belasteten Stadtkasse nun Gebühren für die Beseitigung einer „an Leuchten aufgehängte[n] Wäscheleine mit Plakaten“



Bei nahezu jedem Stand fotografierte die Polizei die Stelltafeln und sammelte Flugblätter und Infomaterial ein.

zu erheben. Nur, wie kommen wir zu der „Ehre“. Wäre es nicht logischer, die Parteien der Regierungskoalition um einen Obolus zur Sicherung der Gemeindefinanzen zu bitten? [...]“ (Schreiben des OV der Celler Grünen vom 28.09.1987) Gezahlt wurde übrigens nicht.

Weitaus aggressiver und tatsächlich kostenträchtig waren jene staatlichen Maßnahmen, die darauf zielten, den Boykott mit Zwangsgeldern, Strafansandrohungen und am Ende sogar einer Hausdurchsuchung zu brechen. Aber im einzelnen:

Die Staatsmacht wollte sich mit den Protesten nicht so einfach abfinden und offenbarte, dass die Meinungsfreiheit Grenzen kennt. Am 31. März widerrief die Stadt eine schon erteilte Standgenehmigung; Begründung: Bei den beiden vorherigen Ständen sei Infomaterial verteilt worden, in dem zum Boykott aufgerufen worden sei. Die Grünen riefen das zuständige Verwaltungsgericht Stade an. Ergebnis: Zwar wurde ihnen mit Eilbeschluss die Möglichkeit eingeräumt, einen Stand zu errichten, aber mit der Maßgabe, „daß solches Infomaterial, welches seinem Inhalt und Sinn nach deutlich zu einem Boykott der Volkszählung 1987 aufruft, nicht ausgelegt, verteilt oder in ähnlicher Weise angeboten werden darf.“ (2 VG D 28/27 vom 3.4.1987) Damit sah das Gericht die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit gewahrt.

Selbstverständlich hielt sich die Initiative nicht an diese Vorgabe. Die Stadt verhängte daraufhin aufgrund des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten eine Geldbuße in Höhe von 200 DM. Interessant ist in der Begründung, dass die Stadt Widerworte gegen den ermittelnden Polizeiobermeister „strafverschärfend“ wertete: „Ihre Einlassung vor Ort gegenüber dem POM Sch.[...] ist nicht geeignet, den Vorwurf zu entschuldigen und wurde bei der Höhe der Geldbuße besonders berücksichtigt. Sie waren der Meinung, sich nicht an Verfügungen oder Beischaide halten zu müssen, weil die durch die Volkszählung ermittelten Daten mißbräuchlich verwendet werden könnten und es dringend der Aufklärung der Bevölkerung bedarf.“ (Schreiben der Stadt Celle vom 31.03.1987)

Die Stadt nahm den Bußgeldbescheid zwar im Mai zurück, aber gab das Verfahren an das Niedersächsische Landesverwaltungsamt ab, das sich inzwischen als zentrale Verfolgungsstelle etabliert hatte. Von dort wurde dem Standanmelder am 24. April die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens mitgeteilt. Die Vorwürfe: „Nach meinen Feststellungen sollen Sie seit Januar 1987 in Celle öffentlich dazu aufgefordert haben, die gesetzlich vorgeschriebene Teilnahme an der zum 25.05.87 stattfindenden Volkszählung zu boykottieren. Sie sollen insbesondere in dem Flugblatt mit dem Titel „Die Grünen informieren“ mit der Nummer 1/1987 als Verantwortlich Zeichnender im Sinne des Presseberichts [sic!] es zugelassen haben, daß dieses Flugblatt öffentlich verteilt wurde. Darin wird durch zwei Abbildungen und der Aufforderung, Fragen im Zusammenhang mit der Volkszählung nicht zu beantworten, offen zum Boykott aufgerufen. Darüberhinaus luden Sie zum 05.02.87 zu einer öffentlichen Veranstaltung u.a. zu

dem Thema *Boykottmöglichkeiten ein.*“ (Schreiben des Landesverwaltungsamts vom 24.04.1987)

Diese Verfahren wurden letztendlich alle eingestellt; aber der OV der Grünen hatte nicht unerheblich Rechtsanwalts- und Prozesskosten zu tragen.

Die Grünen gerieten wegen ihrer vorbehaltlosen Unterstützungskampagne – sowohl auf der Straße wie auch im Celler Stadtrat und den Gemeinderäten in Winsen und Bergen – zunehmend ins Visier. Nur so ist zu erklären, dass die Staatsanwaltschaft schließlich sogar die Durchsuchung des Parteibüros anordnete. Aufgrund eines Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlusses des Amtsgerichts Celle beehrte der Ermittlungsdienst des Polizeireviere Celle am 20. Mai die Büroräume. Statt die ab 17 Uhr angegebene Öffnungszeit abzuwarten, bohrte man schon eine Stunde vorher einfach das Türschloss auf. Selbstverständlich war dann bei der Durchsuchung kein Vertreter oder Nachbar dabei, sondern einzig ein Vertreter der Stadt. Der Beschlagnahmebeschluss richtete sich auf *„sämtliche Exemplare der Druckschrift „Celler Zündel“, Untertitel „Der Letzte, das war's!“, soweit diese sich im Besitz der bei ihrer Verbreitung mitwirkenden Personen befinden oder öffentlich zum Kauf angeboten werden, ferner die Beschlagnahme der Platten, Formen, Drucksätze, negative oder Matrizen, die zur Herstellung der S. 8-11 gedient haben.“* Doch die Polizei beschränkte sich nicht auf die 13 noch vorhandenen Exemplare, sondern beschlagnahmte weitere Broschüren und Flugblätter. In einem Schriftsatz von Rechtsanwältin Eisele heißt es dazu: *„Die Mitnahme dieses Materials zur Volkszählung 1987 durch die Polizei belegt, daß es bei der Durchsuchung in Wirklichkeit nicht um die Durchführung eines Strafverfahren gegangen ist, sondern um die polizeiliche Unterdrückung der politischen Meinungsfreiheit bezogen auf die Volkszählung 1987.“*

Auch gegen Flugblattverteiler_innen wurde vorgegangen. Gegen einen der „üblichen Verdächtigen“ verhängte das Amtsgericht Hannover am 8. Februar 1988 ein Bußgeld in Höhe von 300 DM (zuzüglich Verfahrenskosten). Tatbestand: Das ordnungswidrige Verteilen von Flugblättern am 14. März 87 in der Celler Innenstadt. Zum Verfahren war es erst durch die Anzeige - besser Denunziation – eines Polizeibeamten gekommen: Ihm sei der Beschuldigte *„eindeutig bekannt“*, dieser habe Flugblätter *„aktiv verteilt“*, während andere Leute hinter einem Info-Tisch *„nur auf Kundschaft gewartet“* hätten. Daran, ob er das inkriminierte Flugblatt vom Beschuldigten erhalten habe, konnte sich der Polizeiobermeister nicht erinnern, aber: Wenn es so in den Akten stünde, *„dann muß ich das wohl von ihm erhalten haben“*. Für den Richter war es beim Urteil nicht entscheidend, ob in dem vierseitigem Flugblatt direkt zum Volkszählungsboykott aufgerufen worden sei. Entscheidend sei, wie es im *„Gesamtzusammenhang“* mit den *„bildlichen Darstellungen“* beim unbedarften *„Empfängerhorizont“* ankomme. (Vgl. Schlaglichter 02/1988)

Gegen den Ratsherrn der Grünen, Reinhard Rohde,

erstattete das Landesverwaltungsamt schließlich noch Anzeige wegen *„Aufrufs zur Sachbeschädigung“* (das Abschnippeln der Nummern auf den VZ-Bögen). Das Verfahren wurde eingestellt. Überregional machte das Celler Oberlandesgericht in diesem Zusammenhang Schlagzeilen. Es befand in einem anderen Fall im Januar 1988, dass, wer dazu aufgerufen habe, die Kennziffer auf einem Volkszählungsbogen abzuschneiden, sogar eine Straftat begangen habe. Warum das Zerschneiden eines unausgefüllten Fragebogens eine Sachbeschädigung sein soll, begründete das Gericht so: *„Es liegt eine erhebliche Substanzverletzung vor, weil mit der Kennziffer verschiedene Zwecke verfolgt werden. Für den Staat bedeutet es einen unverhältnismäßigen Aufwand, ohne die Kennziffer seine Ziele zu erreichen“.*

Die einzelnen Boykottwilligen hatten sich im Sommer 1987 mit Zwangsgelddrohungen auseinanderzusetzen. Bis Mitte August hatte die Stadt Celle 1400 so genannte Heranziehungsbescheide verschickt. Im ersten Schritt wurden 200 DM Zwangsgeld angedroht, falls die Erhebungsbögen nicht bis zu einem bestimmten Datum eingehen würden, im zweiten Schritt 400 DM. Daraufhin gaben selbstverständlich viele ihre – wie auch immer – ausgefüllten Bögen ab.

Die Celler Boykottinitiative hatte sich schleichend verabschiedet - durch die Abstimmung der Füße —, nachdem sie Tausende von Flugblättern verteilt, Informationsstände, Veranstaltungen, Beratungen usw. durchgeführt hatte. Eine öffentliche Auswertung am 27. August besuchten nur noch 30 Aktive. Unbestritten war, dass die VZ politisch nicht gekippt werden konnte und dass der Plan, durch massenhafte Widersprüche die Justiz lahmzulegen, gescheitert war.

Für das Scheitern der Boykottbewegung war mit entscheidend, dass sich im Grunde genommen nur die Grünen, linksradikale Gruppierungen und einige Bürgerrechtsorganisationen hinter den Widerwillen der Bürger_innen stellten. Bei Gewerkschaftsführungen und der SPD obsiegte die Staatsräson. Auf der anderen Seite stellt die Boykottbewegung 1987 ein interessantes Beispiel für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition dar. Die Grünen sorgten im Stadtrat mit Anfragen und „Aktuellen Stunden“ für Informationen und mediale Aufmerksamkeit, die – im weiten Sinne – „Autonomen/Linksradikalen“ übernahmen die außerparlamentarische Organisierung.

Für die Stadt Celle beliefen sich die Kosten für die Volksaushorchung übrigens auf 515.075,27 DM. Unter Einbeziehung kalkulatorischer Kosten (nicht gezahlte Mieten, Benutzung der städtischen Büromaschinen etc) errechnet die Stadt 606.500 DM (je Einwohner_in 8,63 DM). Erstattet wurden vom Land nur 241.464,25 DM. Entgegen den Empfehlungen der VoBo-Initiative wurden auch Zwangsgelder gezahlt: 33.300 DM konnte die Stadt hier auf der Einnahmenseite verbuchen. (Die Grünen informieren, 08/1988)



Kino 8 ½ im Juni

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



04. und 05. Juni

AJAMI

In einem multireligiösen Stadtteil von Jaffa kreuzen sich die Lebenswege einiger Menschen, wobei ein junger Mann und sein Freund, die sich als Gelegenheitsdrogendealer betätigen, eine Entwicklung in Gang setzen, die für alle Beteiligten unkontrollierbar wird. Der in fünf Kapitel eingeteilte, multiperspektivisch und auf unterschiedlichen Zeitebenen erzählte Film eines israelischen sowie eines arabischen Regisseurs funktioniert an der Handlungsoberfläche als perfekter Thriller, beschreibt darüber hinaus aber intensiv die politische Situation im Nahen Osten.

Israel 2009, 124 Minuten

11. und 12. Juni

DIE SCHACHSPIELERIN

Ein Zimmermädchen beobachtet ein Paar bei einer erotisch aufgeladenen Schachpartie und beginnt sich für das Spiel zu interessieren. Sie lässt sich von einem Arzt in die Geheimnisse des Schachs einweisen und vernachlässigt über ihrer neuen Leidenschaft ihre Familie. Ein leises, anrührendes Drama über Emanzipation, Wandlung und den sozialen Aufstieg einer Frau, die aus ihrer Routine ausbricht, Selbstbewusstsein und Lebensfreude findet und sich in einer Männerdomäne behauptet. In der Titelrolle vielschichtig und glaubwürdig gespielt.

Frankreich 2009, 97 Minuten

18. und 19. Juni

INVICTUS - Unbezungen

Der gerade zum südafrikanischen Staatspräsidenten gewählte Nelson Mandela setzt ein weithin sichtbares Zeichen für seine Politik der Verständigung zwischen Weißen und Schwarzen, indem er das bisher drittklassige nationale Rugby-Team motiviert, den Sieg in der Weltmeisterschaft zu erringen. Clint Eastwoods Film lebt von der nuancenreichen Personenzeichnung und gipfelt in dem abschließenden mitreißenden World-Cup-Spiel.

USA 2009, 133 Minuten

Sommerpause bis zum 2. September

Dreimal OPEN AIR im JULI

im Französischen Garten

veranstaltet vom kino achteinhalb - Eintritt nur 1 €

Do., 01. Juli

WILLKOMMEN BEI DEN SCH'TIS

Der Leiter eines Postamts in der Provence wird in den Norden Frankreichs strafversetzt. Seine Frau ist entsetzt und weigert sich, ihn zu begleiten. Groß ist das Erstaunen des Mannes aber, als ihm ein warmherziger Empfang beschert wird. Er beginnt sein neues Leben zu genießen, belässt es aber bei den Vorurteilen seiner Ehefrau, weil er ihr Mitgefühl genießt. Als der Schwindel aufzufliegen droht, legen sich die neuen Freunde ins Zeug, um den schlechten Ruf ihrer Region zu bestätigen.

Frankreich 2008, 106 Minuten

So., 04. Juli

SAINT JACQUES PILGERN AUF FRANZÖSISCH

Drei Geschwister - eine streitbare Lehrerin, ein strebsamer Unternehmer und ein stets alkoholisierte Tunichtgut - unternehmen gemeinsam eine Pilgerreise nach Santiago de Compostela, weil sie nur so das Erbe ihrer Mutter antreten können. Im Lauf des beschwerlichen Fußmarschs kühlen sich ihre Gemüter ab, und am Grab des Apostels Jakobus stellt sich so etwas wie Familiengemeinschaft ein. Die Wallfahrt als Reise zu sich selbst in Form eines langsamen Road Movie.

Frankreich 2005, 110 Minuten

Do, 08. Juli

DER HALS DER GIRAFFE

Nachdem ein neunjähriges Mädchen die Briefe der angeblich toten Großmutter gelesen hat, "entführt" es seinen Großvater aus einem Pariser Altenheim. Die Mutter im Schlepptau, erzwingt das Kind eine Familienzusammenführung und bringt ein Gebilde aus Lebenslügen zum Einsturz. Ein präzise beobachtendes Road Movie, das subtil zwischen Komödie und Melodram wechselt und von der entwaffnenden Kraft kindlicher Wahrheitsuche handelt. Gänzlich unaufgeregt erzählt der leise Film seine mitunter ergreifende Geschichte.

Frankreich 2004, 84 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Rechtshilfe

Sprechstunde im Bunten Haus

Ihr habt eine Vorladung von der Polizei bekommen, weil ihr beschuldigt werdet, gegen Gesetze verstoßen zu haben, oder womöglich Zeuge einer Straftat gewesen sein sollt? Vielleicht hattet ihr eine Hausdurchsuchung, wurdet beim Klauen erwischt, oder habt gar einen Strafbefehl erhalten, ohne dass ihr vom Richter angehört wurdet?

Viel zu schnell geraten leider viele in unangenehmen Kontakt mit der Polizei und dem Gesetz. Was sind meine Rechte? Vor wem muss ich aussagen? Zu welchem Termin sollte ich erscheinen? Sofort tauchen viele Unklarheiten und Fragen auf, doch keiner sollte mit diesen Schwierigkeiten allein gelassen werden!



Um allen ein bisschen Überblick zu geben und euch zu beraten, wie im Problemfall die nächsten Schritte aussehen könnten, bieten wir - der Arbeitskreis Antirepression des IK Celle- Rechtsberatung an. Wir wollen euch damit im Rahmen unserer Möglichkeiten Unterstützung geben, Sorgen abnehmen und vermitteln euch gerne an kompetente Anwälte weiter.

Ihr erreicht uns jeden 1. und 3. Sonntag im Monat zwischen 18 und 19 Uhr.

Cafe Grenzenlos

Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat findet ab Mai zwischen 16 und 18 Uhr ein Treffen von Flüchtlingen und ihren Unterstützer_innen statt. Ort ist der Gemeindesaal der ev.-ref. Kirche in der Hannoverschen Str. 61



Same procedure as last year...

Und wieder steht mit dem Sommeranfang auch die unsägliche Sonnenwendfeier der Nazis auf Hof Nahtz in Eschede vor der Tür. Über die überregionale Bedeutung dieses „Festes“, das zur Festigung der rechten Strukturen von großer Bedeutung ist, wurde lang und breit aufgeklärt. Und wieder wird es eine Veranstaltung gegen dieses Nazitreffen geben. Die Demonstrationen und Kundgebungen haben zum einen den Zweck, die Menschen darüber zu informieren, was sich am Ortsrand von Eschede auf dem Gehöft von Joachim Nahtz abspielt. Das wurde mittlerweile ausreichend gemacht – es wurden neben den Demonstrationen flächendeckend Informationsblätter verteilt, und es wurden diverse Veranstaltungen durchgeführt. Wer jetzt in Eschede behauptet, nicht zu wissen, was bei Nahtz los ist, will es nicht wissen.

Ein weiteres Ziel von Demonstrationen und Kundgebungen ist es den Protest an den Adressaten direkt heranzutragen. Und genau das ist für dieses Jahr geplant: eine Kundgebung an der Zufahrt zum Hof Nahtz. Damit wird nicht die Sonnenwendfeier selbst gestört, dazu ist der Kundgebungsplatz immer noch zu weit vom Ort des Geschehens entfernt, aber die anreisenden Nazis werden den Protest sehen und hören müssen. Diesmal wird die Aktion, angemeldet vom DGB, nicht nur mit mehr oder weniger langen und trockenen Redebeiträgen sondern zusätzlich mit Lifemusik gefüllt.

Auf der Tagung in Hustedt im März dieses Jahrs wurde deutlich, dass alle Menschen, die sich ernsthaft mit der Problematik der extremen Rechten auseinandersetzen, Eschede als das wichtigste Arbeitsfeld hier in der Region und auch darüber hinaus ansehen.

Wenn es gelingt, mit möglichst vielen Menschen in Eschede am **19.06.2010 ab 12:00 Uhr an der Kreisstraße Richtung Oldendorf Kreuzung Am Finkenberg/Dornbusch die Kundgebung** durchzuführen, ist das ein großer Erfolg und ein weiterer Schritt in Richtung den Druck zu erhöhen mit dem Ziel: **Schluss mit den Nazitreffen!**



13.6.2010, 11 Uhr

"Überlebenszeichen -

Erinnerungen an Bergen-Belsen"

Finissage der Werkschau

Vortrag von Prof. Dr. Dagmar Lieblova, Überlebende des KZ Bergen-Belsen

27.6.2010, 11 Uhr

Die Frau an seiner Seite

Männerkarrieren, Tatnähe und "weibliche" Verstrickungen im Nationalsozialismus

Szenische Lesung von Joanne Gläsel, Inga Dietrich und Sabine Werner

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Kunst & Kultur

Sa., 5. Juni, 18.00

Bürgerparkfest des Landkreises Celle

mit Inga Rumpf, The Keltics, Volker Rosin

Trift 24, Eintritt frei

So., 6. Juni, 16.00

Captain Resto

Blues und Artverwandtes

Hotel Heideblüte, Ovelgönne, 10,00 / erm. 5,00

So., 6. Juni, 18.00

Carus & The True Believers

Carus Thompson ist ein australischer Singer/Songwriter, der sich mit seiner Band zwischen Folk-Rock und Reggae bewegt.

Gasthaus Krohne, Im Kreise

Fr., 11. Juni, 19.30

Diether Dehm singt Brecht ...

... und einiges Eigenes - begleitet von Michael Letz am Piano. Dehm ist eben nicht nur Landesvorsitzender der LINKEN und für diese im Bundestag; den meisten dürfte er sogar eher als Künstler und Musikproduzent bekannt sein (u.a. von den Bots und Klaus Lage). Veranstalter: Ratsfraktion DIE LINKE/BSG



Celle in Kooperation mit dem Rosa Luxemburg Club und der Rosa Luxemburg Stiftung.

Kunst & Bühne, 5,00

Fr., 11. Juni, 20.00

Antonio de la Rosa & flamenco fusion

Traditionelle Flamenco Gitarre trifft auf Jazz, Reggae, Hip-Hop, Pop, Rock & Klassik

CD-Kaserne, AK 17,00 / VVK 14,90

Fr., 18. Juni

Tag der Niedersachsen

Ein echtes „Hass-Programm“, hier die wenigen Ausnahmen:

20.40: Barocktail & Rocktail, Bühne vor der Stadtbibliothek

22.00: Demian Dominguez Band, Bühne Am Heiligen Kreuz

22.00: Route Corazon, Bühne Kleiner Plan

22.30: Q-Bic (Soul-Funk); Schlossplatz

„Die Killerpilze“ spielen auf der Bundeswehrbühne im Französischen Garten, das „geht gar nicht“.

Sa., 19. Juni

Tag der Niedersachsen

Ab 18.00: Celler Bands auf der CRI-Bühne vor der Stadtbibliothek

21.15: Famous Goose & Friends (Rock aus Burgdorf), Schlossplatz

Fr., 25. Juni, 20.00

Open Stage der CRI

CD-Kaserne, CRI-Räume

Fr., 23. & Sa., 24. Juli

Südwinen Festival

Elizabeth Lee's Cosmic Mojo (USA-Texas/I-Brescia), The Laconics (BIT), Anna Singt (CE), Die Bierthenöre (B/BS), Alles (CE), Lauschangriff (CE), Fire in Fairyland (CE) u.v.a.

Südwinen, umsonst & draußen

Sa., 31. Juli, 19.00

Bockpalast Festival

Bockelskamp, umsonst & draußen

THUN-Holzbetten+ "KATTUN"-Kaltschaummatratzen.

Seit 25 Jahren beste Qualität aus der Region. Z.B. Bett Nr. 842 Buche 200x140cm ab €405,-, "KATTUN"-Matratze TypII 200x140cm für €433,-. Aufbau-+Lieferservice.

Tel 05141-31247
www.kattuncelle.de

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen (Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in cello

Erwerbslosenberatung

Je. Do. 14.30 - 17.00 Uhr

Neustadt 23

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

Je. 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr
- Bunttes Haus

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str 30f
29221 Cello, Tel.: 907927

Plenum

jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:

je. 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum

je. 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Volxküche

jeden So., 18 Uhr

Kneipe

jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr